



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 26. September 2008

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2009/2010 (Umdruck 16/3434) - Teil 2 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Landesregierung zu den im o. g. Umdruck gestellten Fragen 3 bis 53 zum Haushaltsentwurf 2009/2010.

Die Fragen 1 und 2 (zu den ARV-Schlüsseln und den Verpflichtungsermächtigungen) wurde mit gesondertem Umdruck 16/3460 beantwortet.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Klaus Schlie

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	04, 06, 07, 09, 11, 13
<b>Seite:</b>	
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	

Frage/Sachverhalt:

### **3.) Wahrnehmung von Landesaufgaben durch Förderinstitute:**

Welche Landesaufgaben werden durch die Förderinstitute des Landes wahrgenommen?

In welchem Umfang fallen hierfür Entgelte an?

In welchem Umfang entfallen dadurch Kosten bzw. Stellen bei der Landesregierung?

Antwort der Landesregierung:

Siehe anliegende Tabelle

### Wahrnehmung von Landesaufgaben durch Förderinstitute

Titel	Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€	Landesaufgabe/ Fördermaßnahme	Beauftragtes Förderinstitut	Entgelte 2009 / 2010 in T€	Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€	Bemerkungen/ Sonstiges *
0416 68102 67102	53.000 T€/ 52.500 T€ 38,5/25,0 T€	Wohngeld	IB SH	38,5/25,0 T€	Mind. 1 Stelle m.D./g.D. (ca. 45 T€)	Durchführung des Erstattungsverfahrens durch die IB gem. Vertrag seit 1997
0416 MG 03	2009 und 2010 je 12.620,0	Soz. Wohnraumförderung Bewilligung	IB SH/ Arge für zeitgemäßes Bauen	0 € aus LandesHH  (1,5 % einmalig und 0,5 % jährlich der Darlehenssumme)	Nicht bezifferbar.  (Priv.-rechtl. Darlehensverträge können nur von Förderbank geschlossen werden, gekoppelt an die öff.-rechtl. Bewilligungen.)	Seit Mitte der 90er alleinige Abwicklung durch die IB.  Die Gebühr zahlt der Darlehensnehmer.

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
0416 MG 04	2009: 21.467,5  2010: 17.588,9	Städtebauförderung Bewilligung und Abrechnung	IB SH	0 € aus LandesHH  (2,6 % des Bewilligungs volumens)	Mind. 5 Stellen g.D./h.D.	Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden.  Gebühr zahlt der Zwendungsempfänger.
0612.01. 671 02	Programm- mittel an versch. Stellen im Epl. 06 – überw. ZPW und GA	Vertrag zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft	Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)	1.299,8/ 1.324,3	-	Bei dem Zukunftsprogramm Wirtschaft (Förderperiode 2007-2013) handelt es sich um das Nachfolge- programm des Regional- programms 2000 (Förderperiode 2000-2006). Da die IB bereits im Rahmen des Regionalprogramms 2000 die Durchführung der einzelbetrieblichen Förderung und die Abwicklung der Infrastrukturförderung ausgeführt hat, erfolgt keine zusätzliche Einsparung von Personalstellen.
0612.03.	21.790,0/ 24.774,0	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	IB / WTSH			s. 0612.01.671 02 u. 0613.01.671 02

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
0612.06.68301	350,0/ 350,0	Förderung der Erschließung von Märkten für den Export	WTSH – Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	89,5/ 89,5	Nicht bezifferbar	Die Abwicklung des Programms ist integraler Bestandteil des Außenwirtschafts-Dienstleistungspakets der WTSH seit 1993 (s.a. 0612.01.671 02).
0612.17.	52.324,0/ 67.106,0	Zukunftsprogramm Wirtschaft	IB / WTSH			s. 0612.01.671 02 u. 0613.01.671 02
0613.01.67102	Programm-mittel an versch. Stellen im Epl. 06 – überw. ZPW und GA	Durchführung von Aufgaben im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	1.235,0 1.254,0		Aufgabe ist bisher durch das Land nicht wahrgenommen worden. Die Aufgaben wurden von der WTSH auch schon im Regionalprogramm 2000 wahrgenommen.
0613.62	2.015,0/ 75,0	Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung	IB	162,0/ 164,0	Die Aufgabe Förderung	
0613.64	500,0/ 0,0	Abwicklung der Förderung im Bereich „Biomasse und Energie“	IB	85,0 85,0	von Energieprojekten ist bereits seit Anfang der 90er Jahre auf die IB mit Personalstellen übertragen worden.	MWV-Anteil der Abwicklungskosten am gemeinsamen Programm Initiative „Biomasse und Energie mit dem MLUR (HH-Ansatz ebenfalls MWV-Anteil)

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
0616.02.68505	1.900,0	Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung  Förderung der Maßnahme „Ausbildungsplatzakquise“	Investitionsbank SH		Die Abwicklung wurde nie durch das Land selbst wahrgenommen.	Diese Maßnahmen sind Bestandteil des Zukunftsprogramms Arbeit, die hier enthaltenen Landesmittel dienen der Kofinanzierung der ESF Mittel i.R.d. ZPA Abwicklungsvertrag mit IB von MJAE geschlossen
0616.02.68623	500,0	Förderung der Maßnahme „Regionale Ausbildungsberatung“ Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche	Investitionsbank SH			s.o.
0616.02.63301	150,0/ 150,0	Förderung der Weiterbildungsverbände in SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein	Siehe ZPW-Abwicklungsvertrag (IB)		Diese Fördermaßnahme ist Bestandteil des Zukunftsprogramms Wirtschaft. Die hier enthaltenen Landesmittel dienen der Kofinanzierung der EFRE-Mittel i.R.d. ZPW.
0616.02.68512	315,0/ 315,0	Förderung der Weiterbildungsverbände in SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein	Siehe ZPW-Abwicklungsvertrag (IB)		Diese Fördermaßnahme ist Bestandteil des Zukunftsprogramms Wirtschaft. Die hier enthaltenen Landesmittel dienen der Kofinanzierung

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
						der EFRE-Mittel i.R.d. ZPW (s.a. 0612.01.671 02).
0616.02.68612	130,0/ 130,0	Förderung der Weiterbildungsverbände in SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein	Siehe ZPW-Abwicklungsvertrag (IB)	Die Abwicklung wurde vom Land noch nie selbst wahrgenommen.	Diese Fördermaßnahme ist Bestandteil des Zukunftsprogramms Wirtschaft. Die hier enthaltenen Landesmittel dienen der Kofinanzierung der EFRE-Mittel i.R.d. ZPW (s.a. 0612.01.671 02).
0616.03.68103	3.870,0/ 3.946,0  Bundesanteil: 78%, Landesanteil: 22%	Abwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Beratung und Bescheidung: Erst-, Folge-, Änderungs-, Widerrufs-, Ablehnungs- und Aufhebungsbescheide)	Investitionsbank Schleswig-Holstein	320,0/ 320,0	Diese Aufgabe wurde seit Bestehen des AFBG durch die IB wahrgenommen.	(s.a. 0616.01.671 04).
0710 - 671 02	2009: 0,0 T€ 2010: 0,0 T€	Fonds Schulbausanierung	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 0,7 T€ 2010: 0,5 T€	keine Einsparungen	Die Aufgabe wurde nie durch das Land selbst wahrgenommen. Es handelt sich nur noch um eine Darlehensabwicklung
07 10 - 671 04	2009 und 2010: je 31.000,0 T€	Abwicklung Schulbauprogramm	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009 und 2010: je 53,2 T€	keine Einsparungen	Die Aufgabe wird seit 2001 durch die Investitionsbank wahrgenommen. Die vor der Aufgabenübertragung erstellte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergab

Titel	Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€	Landesaufgabe/ Fördermaßnahme	Beauftragtes Förderinstitut	Entgelte 2009 / 2010 in T€	Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€	Bemerkungen/ Sonstiges *
						einen kostenmäßigen Aufwand im Ministerium in Höhe von 166,8 TDM. Diesem Betrag wurde das Entgelt für die IB in Höhe von 104,0 TDM gegenüber gestellt, so dass sich eine Einsparung von 62,8 TDM ergab und die Aufgabenübertragung damit als wirtschaftlich bewertet wurde. Auf der Grundlage von § 7 Abs. 25 Haushaltsgesetz 2001 wurden Einsparungen von insgesamt 167,3 TDM erbracht. Mittel in Höhe von 63,3 TDM und eine Stelle IVb BAT wurden eingespart sowie eine Stelle IVa BAT nach Vb herabgruppiert.
0710 671 62 TG 62	2009: 16.000,0	Abwicklung Investitionsprogramm Ganztagschulen	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 16 T€; 2010: 0,00	keine Einsparungen	Die Aufgabe wurde nie vom Land wahrgenommen. Die Mittel werden aus dem SH-Fonds umgesetzt.
0910- 633 06 MG 02  684 02 MG 02	2009: 1.500,0 2010: 0,0  2009: 1.250,0 2010: 0,0	Schleswig-Holstein Fonds Maßnahme 2.1. "Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Arbeit "	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 40,2  2010: 40,8		Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
0910 - MG 01	2009: 2.550,0 2010: 2.550,0	Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 100,0 2010: 100,0		Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden
0910- MG 02	2009: 4.190,0 2010: 0,0	Restabwicklung ASH 2000	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 42,0 2010: 0,0		Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden
0910 - MG 04	2009: 21.900,0 2010: 20.800,0	Zukunftsprogramm Arbeit	Investitionsbank Schleswig-Holstein	2009: 1.616,0 2010: 1.643,6,		Neben den veranschlagten Landesmitteln werden zusätzlich ESF-Mittel der „Technischen Hilfe“ in Anspruch genommen.  Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden.
1111 671 65 TG 65	0,00	Leistungsentgelt an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für die finanztechnische Abwicklung der Bundesmittel zur Förderung von Ganztagsangeboten	Investitionsbank Schleswig-Holstein	0,00	keine Einsparungen	Die Aufgabe wurde nie vom Land wahrgenommen. Für die Abwicklung des IZBB hat die IB in den Jahren 2003-2007 (Programmlaufzeit) ein Entgelt erhalten. Voraus. bis Mitte 2010 erfolgt noch die Abwicklung des Programms.

<b>Titel</b>	<b>Ansatz der Fördermaßnahme 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Landesaufgabe/ Fördermaßnahme</b>	<b>Beauftragtes Förderinstitut</b>	<b>Entgelte 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Kosten- und Stellen-einsparung beim Land 2009 / 2010 in T€</b>	<b>Bemerkungen/ Sonstiges *</b>
1320 - 662 02 662 03 MG 03	13.078,7/ 10.262,3	Verwaltung von Zinszuschussmitteln	I-Bank	11,0/10,0	keine Angaben möglich	Befindet sich lediglich noch in der Abwicklungsphase
1318- 892 07 MG 02	2.150,0 1.900,0	Verwaltungskostenerstattung an die Investitionsbank	I-Bank	100,0/100,0		Aufgabe ist nie durch Land selbst wahrgenommen worden

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	alle
<b>Seite:</b>	169-175 <i>Zu „Allgemeine Bemerkungen, Übersicht 7: Zuweisungen an Kreise und Gemeinden“</i>
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	

### Frage/Sachverhalt:

Frage mit lfd. Nr. 4 vom 11. September 2008:

Zur Überprüfung der Wirksamkeit der Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen und zur Beurteilung der Finanzsituation der Gemeinden vor dem Hintergrund des Eingriffs des Landes in den KFA in Höhe von jährlich 120 Mio. € bitten wir die Landesregierung (Innenminister) um einen Bericht zur Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften, entsprechend der Drs. 15/200.

### Antwort der Landesregierung:

Auf den anliegenden Bericht zur Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein vom 11. September 2008 wird hingewiesen.

# Antwort auf die Frage 4) der SPD-Landtagsfraktion zum Haushaltsentwurf 2009/2010

IV 305

Kiel, 11. September 2008

App.: 3109

Thorsten Bertow

## Finanzbeziehungen des Landes zu den Kommunen Hier: Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein

### Vermerk

A. Allgemeine Finanzentwicklung	1
B. Finanzsituation der Kommunen	2
1. Vorbemerkung	2
a) Datenlage	2
b) Kennziffern	2
2. Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen	3
3. Vergleich zur Finanzsituation der Kommunen aller Flächenländer	4
C. Reform des Gemeindehaushaltsrechts	6
D. Zusammenfassung	6
E. Anlagenverzeichnis	7

### A. Allgemeine Finanzentwicklung

Ab 2001 hatte sich die Finanzlage aller öffentlichen Haushalte in Deutschland erheblich verschlechtert. Dieser Entwicklung konnten sich auch die Kommunen in Schleswig-Holstein nicht entziehen. Die Entwicklung ist in den Jahren ab 2001 maßgeblich bestimmt worden durch

- das Steuersenkungsgesetz 2001, das im Jahre 2005 in vollem Umfang in Kraft getreten ist, sowie
- den Konjunkturunbruch 2001 und die anschließende Stagnation der Wirtschaft 2002 und 2003 (Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes<sup>1</sup> 2002 0 % und 2003 - 0,2 %).

Seit 2005 ist jedoch wieder eine spürbare Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen festzustellen, die im Wesentlichen beeinflusst wird durch die

- Senkung der Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2004 (von 114 % in 2003 auf 82 % in 2004 sowie auf 75 % in 2006),
- Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfeleistungen zur Grundversicherung für Arbeitsuchende ab 2005,
- Konjunkturerholung ab 2004; Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes<sup>1</sup> 2004 1,1 %, 2005 0,8 %, 2006 2,9 %; 2007 2,5 %,
- anhaltenden Anstrengungen der Kommunen zur Haushaltskonsolidierung.

---

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: Mai 2008

## B. Finanzsituation der Kommunen

### 1. Vorbemerkung

#### a) Datenlage

Für die Betrachtung der Defizite und des freien Finanzspielraums der schleswig-holsteinischen Kommunen, die der Aufsicht des Innenministeriums unterliegen, liegt für 2007 das Ergebnis des Kreises Pinneberg noch nicht vor. Daten für die Ermittlung des freien Finanzspielraums im kreisangehörigen Bereich (der der Aufsicht der Landräte unterliegt) lassen sich nicht aus der amtlichen Statistik ermitteln. Die aufgelaufenen Defizite sind erstmalig für 2006 vollständig erfasst worden. Für 2004 und 2005 liegen für den kreisangehörigen Bereich nur die Defizite der Kommunen vor, die beim Innenministerium einen Antrag auf Fehlbetragszuweisungen gestellt haben.

#### b) Kennziffern

Die Darstellung der Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein erfolgt mit Hilfe der Kennziffern

- freier Finanzspielraum,
- aufgelaufene Defizite,
- Kassenkredite und Verschuldung,
- Realsteuerhebesätze und
- Finanzierungssaldo.

Der freie Finanzspielraum stellt den Teil der Zuführung zum Vermögenshaushalt dar, der für die Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Ist der freie Finanzspielraum negativ, wird dargestellt, in welchem Umfang die laufenden Ausgaben des Verwaltungshaushalts und der Pflichtzuführungen nicht mehr durch laufende Einnahmen gedeckt sind. Der freie Finanzspielraum wird aus dem Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt ermittelt. Der Zuführungsbetrag muss dabei mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten einschl. der Kreditbeschaffungskosten sowie der Ansammlung der pflichtigen Rücklagen erwirtschaftet werden. Der freie Finanzspielraum lässt sich nicht aus der amtlichen Statistik ermitteln, so dass es hier keine Vergleiche zu anderen Ländern gibt.

In Zeiten, in denen einige Kommunen ihren Verwaltungshaushalt nicht ausgleichen können, bietet die Kennziffer Kassenkredite ein aussagefähiges Indiz für die Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge.

Im Übrigen stellen die Kassenkredite auch eine Verschuldung der Kommunen dar, zusammen mit der Verschuldung am Kreditmarkt ergibt sich damit ein Überblick über die Gesamtverschuldung der kommunalen Haushalte.

Der Realsteuervergleich ermöglicht auf Basis gewogener Durchschnittshebesätze für Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer einen Vergleich mit Kommunen anderer Flächenländer. Diese Vergleiche geben einen Grad für die Ausschöpfung von Gestaltungsmöglichkeiten bei den Realsteuerhebesätzen durch die schleswig-holsteinischen Kommunen im Vergleich zu den Kommunen anderer Flächenländer an und zeigen ggf. denkbare Entlastungspotenziale für die Finanzsituation der Kommunen auf.

Der Finanzierungssaldo ist der Unterschiedsbetrag zwischen den bereinigten Einnahmen und den bereinigten Ausgaben. Ein negativer Saldo gibt den Betrag an, der zum Ausgleich der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (durch Nettokreditaufnahmen am Kreditmarkt, durch Nettokassenkreditaufnahmen und durch Nettorücklagenentnahmen) aufgewendet werden muss. Ein positiver Saldo weist hingegen den Betrag aus, der für Nettoschuldentilgung am Kreditmarkt, für Nettokassenkreditrückführungen und für Nettozuführungen an Rücklagen eingesetzt wird. Bei einer vergleichenden Betrachtung des Finanzierungssaldos im Zeitablauf oder der Gemeinden verschiedener Länder muss also beachtet werden, dass der Finanzierungssaldo ganz wesentlich von der Höhe der Investitionsausgaben und der Höhe der Erlöse aus Veräußerungen von Vermögen bestimmt sein kann. So ist beispielsweise der hohe positive Finanzierungssaldo der Gemeinden des Landes Sachsen im Jahr 2006 auf die Veräußerung einer Wohnungsbaugesellschaft durch die Stadt Dresden zurück zu führen.

## 2. Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen

Die Entwicklung der aufgelaufenen Defizite und freien Finanzspielräume werden aus Anlage 2 deutlich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Defizite eines Jahres spätestens im übernächsten Jahr abzudecken sind, also im Jahre 2004 die Defizite 2002, im Jahre 2005 die Defizite 2003, im Jahre 2006 die Defizite 2004 und im Jahre 2007 die Defizite 2005.

Die Anlage 2 zeigt, dass die aufgelaufenen Defizite der Kreise, kreisfreien Städte und Mittelstädte zusammen von 2006 auf 2007 - nach derzeitigem Kenntnisstand - um rd. 20 Mio. € von rd. 536 Mio. € auf 556 Mio. € gestiegen sind. Bei der Betrachtung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass ein Jahresergebnis für den Kreis Pinneberg noch nicht vorliegt, der den Anstieg der aufgelaufenen Defizite noch etwas reduzieren dürfte. Eine Betrachtung der Jahre 2004 bis 2007 zeigt, dass sich die Zunahme der aufgelaufenen Defizite, die in 2005 noch rd. 80 Mio. € betrug, auf rd. 10 Mio. € in 2006 und rd. 20 Mio. € in 2007 vermindert hat.

Positiv ist ferner fest zu stellen, dass der - negative - freie Finanzspielraum der Kreise, kreisfreien Städte und Mittelstädte insgesamt 2006 unter dem des Jahres 2004 und der 2007 unter dem des Jahres 2005 liegt.

Die Verbesserung der Finanzlage der Kommunen in den letzten Jahren wird insbesondere bei den Mittelstädten deutlich. Die positiven freien Finanzspielräume haben in dieser Gruppe von 2004 mit rd. 19 Mio. € auf über 78 Mio. € im Jahre 2007 zugenommen. Alle Mittelstädte mit Ausnahme der Stadt Reinbek haben einen Rückgang der aufgelaufenen Defizite oder positive freie Finanzspielräume erwirtschaftet. Nur die Mittelstädte Heide und Pinneberg weisen insgesamt 2007 noch ein aufgelaufenes Defizit in Höhe von rd. 14 Mio. € aus.

Bei den Kreisen ist fest zu stellen, dass 2007 sechs Kreise wieder strukturelle Überschüsse erwirtschaften konnten. Die positiven freien Finanzspielräume haben von 1,6 Mio. € im Jahre 2004 auf 13,0 Mio. € im Jahre 2007 zugenommen.

Bei den kreisfreien Städten konnte die Stadt Flensburg 2007 einen strukturellen Überschuss erwirtschaften und ihr aufgelaufenes Defizit verringern.

Im kreisangehörigen Bereich hat sich die Zahl der antragsstellenden kreisangehörigen Gemeinden für Fehlbetragszuweisungen beim Innenministerium von 38 im Jahre 2004 auf 26 im Jahre 2007 vermindert. Allerdings haben sich auch bei diesen Gemeinden die aufgelaufenen Defizite bis 2006 auf rd. 45 Mio. € weiter erhöht. Für das Jahr 2007 ergibt sich ein leichter Rückgang auf rd. 44 Mio. €. Auch bei den kreisangehörigen Gemeinden, die keinen Antrag auf Fehlbetragszuweisungen beim Innenministerium gestellt haben, ergibt sich ein Rückgang bei der Zahl der Gemeinden mit aufgelaufenen Defiziten und bei der Höhe des aufgelaufenen Defizits im Jahre 2007 zu 2006.

Bis Ende 2007 waren rd. 600 Mio. € Defizite bei den schleswig-holsteinischen Kommunen insgesamt aufgelaufen.

Wenn also die Höhe der aufgelaufenen Defizite der Kommunen insgesamt noch leicht steigt, die Zahl der Kommunen mit Fehlbeträgen abnimmt und die Höhe der positiven freien Finanzspielräume bei den Kreisen und Mittelstädten zunimmt, so wird deutlich, dass sich die Schere der Finanzsituation der Kommunen immer weiter öffnet. Die Finanzsituation der Kommunen insgesamt hat sich 2007 weiter verbessert. Die Finanzprobleme konzentrieren sich bei immer weniger Kommunen, deren Zahl unter 10 % aller Kommunen liegt. Vom Volumen her konzentrieren sich die Finanzprobleme bei den Kreisen und kreisfreien Städten.

Ein weiterer wichtiger Indikator für die Entwicklung der Finanzlage der Kommunen sind die Kassenkredite. Sie sind von 154 €/Ew. in 2004 auf 194 €/Ew. in 2005 gestiegen und haben in 2006 auf 184 €/Ew. und in 2007 auf 175 €/Ew. abgenommen (Anlage 3).

Die Schulden der Kommunen liegen seit 2001 bei unverändert knapp 1.000 €/Ew. (Anlage 4).

Eine Betrachtung der Gesamtverschuldung der kommunalen Haushalte durch Kreditmarktschulden und Kassenkredite zeigt, dass diese seit 2006 leicht rückläufig ist.

Der Vergleich der Durchschnittshebesätze der schleswig-holsteinischen Kommunen bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer zu den Kommunen der anderen Flächenländer zeigt, dass die gewogenen Durchschnittshebesätze der Realsteuern bei den schleswig-holsteinischen Kommunen deutlich unter denen aller Flächenländer liegen (Anlage 5).

Der Finanzierungssaldo der schleswig-holsteinischen Kommunen hat sich in von - 114 €/Ew. in 2004 auf 5 €/Ew. im Jahre 2007 verbessert (Anlage 7).

### 3. Vergleich zur Finanzsituation der Kommunen aller Flächenländer

Die Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen ist im Vergleich zu den Kommunen aller Flächenländer gekennzeichnet durch:

- geringere Verschuldung je Ew.,

Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Kommunen betrug Ende 2007 956 €/Ew. bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 1.096 €/Ew. (Anlage 4).

- geringere Kassenkredite je Ew.;

Die Kassenkredite der schleswig-holsteinischen Kommunen betrugen Ende 2007 175 €/Ew. bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 376 €/Ew. (Anlage 3).

Hinweis: Die Kassenkredite sind in den letzten Jahren zum Indikator der Höhe der aufgelaufenen Defizite geworden.

- geringere Bürgschaftssumme je Ew.;

Die Bürgschaftssumme der schleswig-holsteinischen Kommunen betrug Ende 2007 116 €/Ew. bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 407 €/Ew. (Anlage 6).

- geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Grundsteuer A;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahre 2007 auf 276 % bei einem gewogenen Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer von 296 % (kreisangehöriger Bereich: 275 % zu 296 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ergeben (Anlage 5).

- geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Grundsteuer B; in keinem anderen Bundesland liegt er niedriger;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahre 2007 auf 321 % bei einem gewogenen Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer von 379 % (kreisangehöriger Bereich: 292 % zu 345 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 56,8 Mio. € ergeben (Anlage 5).

- geringeren gewogenen Durchschnittshebesatz bei der Gewerbesteuer; nur in 3 Bundesländern liegt er niedriger;

Der gewogene Durchschnittshebesatz der schleswig-holsteinischen Kommunen belief sich im Jahre 2007 auf 336 %) bei einem gewogenen Durchschnittshebesatz der Kommunen der Flächenländer von 384 % (kreisangehöriger Bereich: 316 % zu 354 %). Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 146,7 Mio. € ergeben (Anlage 5).

- geringeren Finanzierungssaldo je Ew.;

Der Finanzierungssaldo der schleswig-holsteinischen Kommunen betrug im Jahre 2007 5 €/Ew., bei einem Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer von 117 €/Ew. Bei der Bewertung der Kennziffer Finanzierungssaldo ist zu berücksichtigen, dass sie ganz wesentlich von der Höhe der Investitionsausgaben und der Höhe der Erlöse aus Veräußerungen von Vermögen bestimmt sein kann.

### C. Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Seit 1994 ist das kamerale Haushaltsrecht in Schleswig-Holstein wiederholt durch die verstärkte Berücksichtigung von Abschreibungen und die Einführung von Sonderrücklagen (u. a. für Pensionsverpflichtungen) zur Darstellung des Ressourcenverbrauchs fortentwickelt worden. Die Umwandlung der Abschreibungsrücklage von einer Sollrücklage in eine Mussrücklage zum Haushaltsjahr 2005 hat sich mindernd auf den freien Finanzspielraum und ggf. erhöhend auf die aufgelaufenen Defizite ausgewirkt. In einem weiteren Schritt sind zum Haushaltsjahr 2008 die bisherigen Sollrücklagen Finanzausgleichs-, Altersteilzeit-, Altlasten-, Steuer- und Verfahrensrücklage in Mussrücklagen umgewandelt worden.

Den Kommunen in Schleswig-Holstein ist ab 2007 die Umstellung ihrer Haushalte auf eine Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung ermöglicht worden.

Die Fortentwicklung des kameralen Haushaltsrechts und die Einführung der Doppik legen weiteren Konsolidierungsbedarf bei den Kommunen offen.

### D. Zusammenfassung

Insgesamt ist fest zu stellen, dass sich die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein seit 2005 wieder verbessert hat. Die Verbesserung wird deutlich

- in der Zunahme der freien Finanzspielräume bei den Kreisen und Mittelstädten, die ihre Haushalte ausgleichen können,
- in der Abnahme der Zahl der Kommunen, die ihren Haushalt nicht ausgleichen können,
- im Rückgang der Gesamtverschuldung der kommunalen Haushalte durch Kredite am Kreditmarkt und Kassenkredite ab 2006,
- in der Zunahme des Finanzierungssaldos der Kommunen.

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass bis Ende 2007 rd. 600 Mio. € Defizite bei den Kommunen aufgelaufen waren. Die aufgelaufenen Defizite konzentrieren sich mit rd. 200 Mio. € auf die Kreise und mit rd. 330 Mio. € auf die kreisfreien Städte. Einige Kreise - fünf Kreise haben 2007 noch ein strukturelles Defizit mit der Folge eines Anstiegs ihres aufgelaufenen Defizits erwirtschaftet, wobei zwei dieser Kreise einen unterdurchschnittlichen Kreisumlagesatz für die allgemeine Kreisumlage festgesetzt haben - werden nicht umhin kommen, ihren Kreisumlagesatz anzupassen. Aufgrund der Abnahme der Zahl der Kommunen, die ihren Haushalt nicht bzw. nicht strukturell ausgleichen können, konzentrieren sich die Finanzprobleme bei immer weniger Kommunen.

Im Vergleich der Realsteuerhebesätze der Kommunen mit denen der Kommunen aller Flächenländer wird deutlich wird, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein in diesem Bereich noch über denkbare Einnahmepotentiale verfügen. Allerdings muss gesehen werden, dass die Kommunen mit aufgelaufenen Defiziten aufgrund der Regelungen für die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen ihre Hebesätze auf min-

destens 330 % bei der Grundsteuer A, 350 % bei der Grundsteuer B und 350 % bei der Gewerbesteuer festsetzen müssen.

Der Bedarfsfonds mit einem Volumen von 18 Mio. € reicht nicht aus, um die Kommunen wirksam bei dem Abbau der aufgelaufenen Defizite durch die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen zu unterstützen.

Die Kommunen können nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung einen deutlichen Zuwachs ihrer Einnahmen aus Finanzausgleich und Steuern 2010 und 2011 jeweils in Höhe von rd. 150 Mio. € und 2012 in Höhe von rd. 167 Mio. € erwarten (Anlage 1). Der vergleichsweise geringe Anstieg der Einnahmen 2009 in Höhe von rd. 54 Mio. € berücksichtigt noch nicht den zu erwartenden Restabrechnungsbetrag in Höhe von rd. 89 Mio. Euro. Die vorstehenden Zahlen zu den Einnahmen aus Finanzausgleich und Steuern beinhalten nicht nur die Kürzung der Finanzausgleichsmasse ab 2007 sondern auch bereits die Auswirkungen durch das geplante Unternehmenssteuerreformgesetz 2008. Insgesamt haben sich die Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern von 2004 bis 2007 um rd. 400 Mio. € erhöht, für den Zeitraum 2007 bis 2012 könne die Kommunen mit einem Anstieg um rd. 700 Mio. € rechnen.

Gleichwohl müssen die Kommunen ihre bereits eingeleiteten Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung mit Nachdruck fortsetzen. Dabei muss die zügige Rückführung der aufgelaufenen Defizite weiterhin vorrangige Priorität haben. Ebenso gibt die vorgesehene Aufstockung des Bedarfsfonds keinen Anlass, in den Haushaltskonsolidierungsbemühungen nachzulassen. Zudem wird auf Belastungen durch gestiegene Zinsen, gestiegene Energiekosten, Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und die allgemeine Preisentwicklung hingewiesen. Die Fortentwicklung des kameraleen Haushaltsrechts sowie die Umstellung kommunaler Haushalte auf die Doppik werden weiteren Konsolidierungsbedarf offen legen.

#### E. Anlagenverzeichnis

- 1 Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern - 1997 bis 2012
- 2 Entwicklung der freien Finanzspielräume und der aufgelaufenen Defizite - 2004 bis 2007
- 3 Entwicklung der Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2002 bis 2007
- 4 Entwicklung der fundierten Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2003 bis 2007
- 5 Realsteuervergleich 2007
- 6 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 1997 bis 2007
- 7 Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der bereinigten Ausgaben und der Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2007

Gez.  
Thorsten Bertow  
(Anlagen)

Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)

Jahr	Verbund- quote 1	festgesetzte FA-Masse 2	darin Abrechnung			Veränd. Sp. 2 +/- Vorjahr 4	Gemeindeant. Einkommensst. 5	Familien- leistungsausgl. 6	Summe Sp. 5 + 6 7	Veränd. Sp. 7 +/- Vorjahr 8	Gemeindeant. Umsatzsteuer 9	Veränd. Sp. 9 +/- Vorjahr 10
			Gesamt 3	"normal" 3	vorgezg. 3							
1997	19,00	897,1	(-80,1)	(-99,0)	A (+18,9)	-78,2	738,6	55,7	794,3	-26,8	0,0	+0,0
1998	19,00	927,5	(-33,2)	(+1,0)	(-34,2)	C +30,4	761,5	58,8	820,3	+26,0	68,7	+68,7
1999	19,00	964,3	(-15,2)	(-49,4)	(+34,2)	D +36,8	784,3	57,5	841,8	+21,5	72,1	+3,4
2000	19,00	1.016,1	(+16,8)	(+11,7)	(+5,1)	E +51,8	783,4	64,8	848,2	+6,4	72,9	+0,8
2001	19,78	1.062,3	(+21,5)	(+13,8)	(+7,7)	F +46,2	757,3	65,9	823,2	-25,0	71,9	-1,0
2002	19,78	1.056,9	(+11,8)	(+24,6)	(-12,8)	G -5,4	745,0	79,0	824,0	+0,8	71,5	-0,4
2003	19,78	963,5	(-52,8)	(-24,9)	(-28,0)	H -93,4	707,1	73,5	780,6	-43,4	70,9	-0,6
2004	19,79	984,5	(-53,0)	(-25,0)	(-28,0)	I +21,0	653,0	68,3	721,3	-59,3	71,1	+0,2
2005	19,79	1.085,7	(-69,6)	(-25,0)	(-44,6)	L +101,2	653,1	74,2	727,3	+6,0	72,3	+1,2
2006	17,74	926,1	(-49,3)	(+3,2)	(-52,6)	M -159,6	719,3	63,2	782,5	+55,2	75,9	+3,6
2007	17,74	971,9	(-31,8)	(-47,3)	(+35,0)	O +45,8	802,7	76,0	878,7	+96,2	84,8	+8,9
2008	17,74	1.133,4			(+15,0)	P +161,5	879,0	71,4	950,4	+71,7	88,0	+3,2
2009	17,74	1.122,0				-11,4	893,0	88,5	981,5	+31,1	90,0	+2,0
2010	17,74	1.169,0				+47,0	949,0	91,2	1.040,2	+58,7	93,0	+3,0
2011	17,74	1.194,0				+25,0	1.012,0	93,7	1.105,7	+65,5	96,0	+3,0
2012	17,74	1.233,0				+39,0	1.071,0	91,9	1.162,9	+57,2	98,0	+2,0

Hinweis:

Der nach der Mai-Steuerschätzung für 2008 zu erwartende Restabrechnungsbetrag i.H.v. 88,7 Mio. Euro ist noch nicht berücksichtigt

Jahr	Summe Sp. 2 + 7 + 9 11	Veränd. Sp. 11 +/- Vorjahr 12	Grundsteuer		Gewerbesteuer netto 15	sonstige Gemeindest. 6 16	Summe Sp. 13 - 16 17	Veränd. Sp. 17 +/- Vorjahr 18	Gesamtsumme Sp. 11 + 17 19	Veränd. Sp. 19 +/- Vorjahr 20
			A 13	B 14						
1997	1.691,4	-105,0	16,8	229,0	563,2	40,0	849,0	+78,5	2.540,4	-26,5
1998	1.816,5	+125,1	16,8	237,1	569,0	36,9	859,8	+10,8	2.676,3	+135,9
1999	1.878,2	+61,7	17,0	249,9	533,5	39,2	839,6	-20,2	2.717,8	+41,5
2000	1.937,2	+59,0	17,0	259,3	517,7	42,4	836,4	-3,2	2.773,6	+55,8
2001	1.957,4	+20,2	17,5	270,2	480,3	40,8	808,8	-27,6	2.766,2	-7,4
2002	1.952,4	-5,0	19,3	276,8	457,1	41,9	795,1	-13,7	2.747,5	-18,7
2003	1.815,0	-137,4	17,9	282,2	508,0	42,4	850,5	+55,4	2.665,5	-82,0
2004	1.776,9	-38,1	18,5	290,7	570,2	41,8	921,2	+70,7	2.698,1	+32,6
2005	1.885,3	+108,4	18,6	297,9	684,7	36,6	1.037,8	+116,6	2.923,1	+225,0
2006	1.784,5	-100,8	19,0	305,9	842,5	38,4	1.205,8	+168,0	2.990,3	+67,2
2007	1.935,4	+150,9	19,1	314,2	801,7	40,4	1.175,4	-30,4	3.110,8	+120,5
2008	2.171,8	+236,4	19,0	314,0	747,0	40,4	1.120,4	-55,0	3.292,2	+181,4
2009	2.193,5	+21,7	19,0	321,0	772,0	40,4	1.152,4	+32,0	3.345,9	+53,7
2010	2.302,2	+108,7	19,0	327,0	807,0	40,4	1.193,4	+41,0	3.495,6	+149,7
2011	2.395,7	+93,5	19,0	334,0	858,0	40,4	1.251,4	+58,0	3.647,1	+151,5
2012	2.493,9	+98,2	19,0	341,0	920,0	40,4	1.320,4	+69,0	3.814,3	+167,2

- 1 : Nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsplan
- 2 : 1997 bis 2007 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz (für das jeweilige Jahr)
- 3 : nach Steuerschätzung vom Mai 2008
- 4 : 1997 bis 2006 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik
- 5 : 2007 Ergebnisse nach Kassenstatistik
- 6 : Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, Jagdsteuer und sonst. Steuern (für 2008 ff. fortgeschrieben)
- 7 : Erhöhung des Verbundsatzes unter Verlagerung der bisherigen Finanzierungsbeitragung des Landes nach § 58 JuFöG an den Aufwendungen der Träger der Jugendhilfe in das FAG (Vorwegabzug - § 25 d, 2001 41,6 Mio. €, ab 2002 an FA-Masse gekoppelt)
- 8 : Erhöhung des Verbundsatzes unter Verlagerung eines Teils des Kostenausgleichs für die Funktionalreform
- 9 : Einschl. Festbetrag 60 Mio. € für Verlagerung der Kindertagesstättenförderung (Vorwegabzug)
- 10 : Einschl. erwartete, vorgezogene Teilabrechnung 2005 in Höhe von 30 Mio. Euro
- 11 : Einschl. 5 Mio. € aus KIF-Mitteln zur Finanzierung der Verwaltungsstrukturreform
- 12 : Erhöhung des Verbundsatzes im Zuge der Umsetzung der Revisionsklausel Jugendhilfe (0,11 %-Punkte) sowie Absenkung des Verbundsatzes im Zuge der Herauslösung der Finanzierung der Zuständigkeit für die Hilfen an über 60jährige in Einrichtungen aus dem KFA in den Epl. des MSGF (2,16 %-Punkte/ 109,7 Mio. €)

- A : Abrechnung - 43,3 Mio. € für 1995 sowie Berücksichtigung einer vorgezogenen Abrechnung von - 55,7 Mio. € für 1996 in 1997
- B : Absetzung der vorgezogenen Teilabrechnung von + 17,9 Mio. € für 1995 in 1996 zzgl. + 1,0 Mio. € Zinsen
- C : Berücksichtigung einer vorgezogenen Teilabrechnung von - 34,2 Mio. € für 1997 in 1998
- D : Absetzung der vorgezogenen Teilabrechnung von + 34,2 Mio. € für 1997 in 1998
- E : Berücksichtigung einer vorgezogenen Teilabrechnung von + 5,1 Mio. € für 1999 in 2000
- F : Absetzung der vorgezogenen Teilabrechnung von - 5,1 Mio. € für 1999 in 2000  
Berücksichtigung einer vorgezogenen Teilabrechnung von + 12,8 Mio. € für 2000 in 2001
- G : Absetzung der vorgezogenen Teilabrechnung von - 12,8 Mio. € für 2000 in 2001
- H : Abrechnung - 24,9 Mio. € für 2001, Aufteilung der Abrechnung 2002 (- 70,6 Mio. €) auf die Jahre 2003 bis 2005 (- 28,0 Mio. € in 2003 und 2004 sowie Restbetrag von 14,6 Mio. € in 2005)
- I : Aufteilung der Abrechnung 2003 (- 77,7 Mio. €) auf die Jahre 2004 bis 2006 (- 25,0 Mio. € in 2004 und 2005 sowie Restbetrag von 22,6 Mio. € in 2006)
- J : Berücksichtigung der 2. Abrechnungstranche für 2002 in Höhe von - 28,0 Mio. € (vgl. Buchst. H)
- K : Berücksichtigung der 2. Abrechnungstranche für 2003 in Höhe von - 25,0 Mio. € (vgl. Buchst. I)
- L : Berücksichtigung der 3. und letzten Abrechnungstranche für 2002 in Höhe von - 14,6 Mio. € (vgl. Buchst. H) sowie einer 1. (erwarteten) negativen Abrechnungstranche 2005 in Höhe von - 30 Mio. €
- M : Berücksichtigung der 3. und letzten Abrechnungstranche für 2003 in Höhe von - 22,6 Mio. € (vgl. Buchst. I) sowie einer 2. (erwarteten) negativen Abrechnungstranche 2005 in Höhe von - 30 Mio. €
- N : Berücksichtigung der 3. und letzten Abrechnungstranche für 2005 in Höhe von - 47,3 Mio. € (vgl. Buchst. L und M)
- O : Berücksichtigung einer 1. (erwarteten) positiven Abrechnungstranche 2006 auf der Grundlage der Steuerschätzung vom November 2006 - endgültige Abrechnung bei der Festsetzung der Finanzausgleichsmasse 2009
- P : Berücksichtigung einer 2. (erwarteten) positiven Abrechnungstranche 2006 auf der Grundlage der Steuerschätzung vom November 2006

## Anlage 2

Entwicklung der freien Finanzspielräume und der aufgelaufenen Defizite <sup>1</sup> in Mio. €

	2004		2005		2006		2007		
	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	
Dithmarschen	-6,7	-6,7	-7,3	-14,0	-12,2	-19,5	-7,6	I	-19,8
Hzt. Lauenburg	-7,6	-12,5	-7,7	-15,3	-11,0	-18,7	-9,8	I	-20,8
Nordfriesland	-8,0	-14,1	-18,2	-18,2	-16,8	-16,8	-12,1	I	-12,1
Ostholstein	-8,5	-11,8	-11,9	-20,4	-15,1	-27,0	-26,2	I	-26,2
Pinneberg	-15,8	-19,6	-2,0	-17,8	-29,1	-31,1	-21,2	S	-52,3 <sup>5</sup>
Plön	-5,5	-9,2	-5,3	-10,8	-7,8 <sup>4</sup>	-13,1	-6,6	I	-14,4
Rendsburg-Eckernförde	-3,9	-3,9	0	-3,9	-3,4	-3,4	1,0	I	-3,4
Schleswig-Flensburg	-15,8	-25,5	-19,4	-35,2	-22,9	-42,3	-21,0	I	-43,9
Segeberg	-6,6	-9,8	-14,4	-21,0	-4,5	-18,9	-9,6	I	-14,1
Steinburg	1,6	0	0	0	0	0	6,7	I	0
Stormarn	-5,5	-8,3	-4,1	-9,6	0	-3,8	5,3	I	0
<b>Kreise</b>	<b>-82,3</b>	<b>-121,4</b>	<b>-90,3</b>	<b>-166,2</b>	<b>-122,7</b>	<b>-194,6</b>	<b>-101,2</b>		<b>-207,0</b>
Flensburg	-24,8	-47,5	-22,7	-47,5	-27,3	-50,0	-9,8	I	-37,1
Kiel	-74,8	-95,5	0,8	-74,0	-12,0	-12,0	-3,3	I	-15,3
Lübeck	-82,8	-133,9	-104,8	-187,6	-118,8	-223,6	-118,8	I	-237,6
Neumünster	-13,2	-21,9	-16,0	-29,2	-25,1	-41,1	-20,2	I	-45,3
<b>kreisfreie Städte</b>	<b>-195,6</b>	<b>-298,8</b>	<b>-142,7</b>	<b>-338,3</b>	<b>-183,2</b>	<b>-326,7</b>	<b>-152,1</b>		<b>-335,3</b>
Ahrensburg	2,4	0	3,8	0	7,2	0	4,0	I	0
Bad Oldesloe	1,0	0	0,5	0	1,5	0	5,9	I	0
Bad Schwartau	2,8	0	1,2	0	2,3	0	3,3	I	0
Eckernförde	1,2	0	2,6	0	2,1	0	2,6	I	0
Elmshorn	-3,0	-7,3	-2,9	-2,9	7,8	0	6,6	I	0
Geesthacht	0,0	0	9,3	0	1,1	0	11,9	I	0
Heide	-2,2	-2,2	-1,0	-3,2	0	-1,0	-0,5	I	-0,5
Husum	0,0	0	1,3	0	3,6	0	3,3	I	0
Itzehoe	0,0	0	3,1	0	3,7	0	6,6	I	0
Norderstedt	6,7	0	8,1	0	14,4	0	18,6	I	0
Pinneberg	-14,4	-14,4	-15,1	-15,1	-13,9	-13,9	4,1	I	-13,9
Quickborn	2,5	0	3,0	0	6,5	0	7,8	I	0
Reinbek	2,3	0	6,8	0	0	0	0	I	0
Rendsburg	0,0	-0,5	2,1	0	0,2	0	0,6	I	0
Schleswig	0,0	0	1,2	0	1,0	0	3,9	I	0
Wedel	0,0	0	4,3	0	7,4	0	0,3	I	0
<b>Mittelstädte</b>	<b>-0,6</b>	<b>-24,4</b>	<b>28,5</b>	<b>-21,2</b>	<b>44,8</b>	<b>-14,9</b>	<b>78,8</b>		<b>-14,4</b>
<b>Zwischensumme</b>	<b>-278,5</b>	<b>-444,6</b>	<b>-204,5</b>	<b>-525,7</b>	<b>-261,1</b>	<b>-536,1</b>	<b>-174,6</b>		<b>-556,8</b>
<b>kreisangeh. Gemeinden, die beim IM Anträge auf FBZ gestellt haben</b>		<sup>2</sup> 32,2		<sup>2</sup> -40,5		<sup>2</sup> -45,4			<sup>2</sup> -43,8
<b>übrige kreisangehörige Gemeinden</b>		<sup>3</sup>		<sup>3</sup>		<sup>3</sup> -19,4			<sup>3</sup> -18,1
<b>Gesamt</b>						<b>-601,0</b>			<b>-618,7</b>

S: Soll-Zahlen

I: Ist-Zahlen

V: vorläufig mitgeteiltes Jahresergebnis

<sup>1</sup> Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. den Fehlbedarfen; Die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten (in 2007 nur Pinneberg) dem in der Eröffnungsbilanz auszuweisenden Betrag zuzüglich dem Defizit des laufenden Jahres.

<sup>2</sup> Von den 38 Gemeinden, die für 2004 Anträge gestellt hatten, wurden bei 32 Gemeinden Defizite von insgesamt 19,7 Mio. € anerkannt. Von den 38 Gemeinden, die für 2005 Anträge gestellt hatten, wurden bei 33 Gemeinden Defizite von insgesamt 25,0 Mio. € anerkannt. Von den 37 Gemeinden, die für 2006 Anträge gestellt hatten, wurden bei 29 Gemeinden Defizite von insgesamt 28,6 Mio. € anerkannt. Für 2007 wurden 26 Anträge gestellt.

<sup>3</sup> Für 2004 und 2005 liegen dem IM keine Zahlen vor. Für 2006 wurden aufgrund einer Abfrage des IM von den Kreisen 73 Gemeinden, für 2007 52 Gemeinden mit aufgelaufenen Defiziten gemeldet.

<sup>4</sup> Der Kreis Plön hat in 2006 die FBZ in Höhe von 299.000 € nicht als Einnahme veranschlagt. In der Jahresrechnung wurden daher als Defizit 8.098.243,80 € ausgewiesen.

<sup>5</sup> Der Kreis Pl hat in 2007 einen doppischen Haushalt vorgelegt.

### Entwicklung der Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2002 bis 2007

	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Mio. €	€Ew.										
Baden Württemberg	361	34	363	34	256	24	248	23	208	19	93	9
Bayern	257	21	331	26	291	23	223	18	411	33	205	16
Brandenburg	230	89	341	132	565	220	661	258	748	293	766	301
Hessen	1.044	171	1.506	247	2.129	350	2.662	437	3.208	528	3.128	515
Mecklenburg-Vorpommern	62	35	143	82	224	130	197	115	477	280	547	323
Niedersachsen	2.037	255	2.878	360	3.537	442	4.032	504	4.495	562	4.164	522
Nordrhein-Westfalen	4.149	229	6.805	376	8.461	468	10.531	583	12.518	694	13.744	762
Rheinland-Pfalz	1.390	343	1.906	470	2.324	573	2.756	679	3.020	745	3.285	811
Saarland	735	690	838	788	979	924	1.027	976	1.060	1.013	1.159	1.109
Sachsen	106	24	216	50	107	25	115	27	137	32	108	25
Sachsen-Anhalt	132	51	272	107	549	219	801	323	958	390	971	397
Schleswig-Holstein	96	34	267	94	436	154	550	194	521	184	496	175
Thüringen	71	29	99	41	78	33	82	35	102	44	109	47
<b>Flächenländer</b>	<b>10.670</b>	<b>139</b>	<b>15.964</b>	<b>208</b>	<b>19.936</b>	<b>260</b>	<b>23.882</b>	<b>311</b>	<b>27.863</b>	<b>364</b>	<b>28.776</b>	<b>376</b>

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5  
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

### Entwicklung der fundierten Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer - 2003 bis 2007

	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	7.189	676	7.363	689	7.328	684	7.353	685	7.208	671	6.697	623
Bayern	13.893	1.124	15.076	1.216	15.621	1.257	15.565	1.250	15.420	1.236	14.819	1.186
Brandenburg	1.831	707	1.820	706	1.838	715	1.698	663	1.666	653	1.661	652
Hessen	8.964	1.473	9.045	1.485	9.181	1.508	9.301	1.527	9.220	1.517	8.232	1.354
Mecklenburg-Vorpommern	2.401	1.369	2.419	1.391	2.391	1.385	2.334	1.362	2.243	1.319	2.233	1.317
Niedersachsen	8.203	1.029	8.248	1.032	8.169	1.021	7.981	997	7.838	980	7.670	961
Nordrhein-Westfalen	24.852	1.376	24.944	1.380	24.576	1.360	24.752	1.371	24.225	1.343	23.590	1.308
Rheinland-Pfalz	4.488	1.108	4.641	1.144	4.702	1.159	4.764	1.174	4.880	1.204	4.834	1.193
Saarland	940	883	926	871	903	853	902	857	972	928	968	926
Sachsen	5.354	1.226	5.209	1.202	5.194	1.206	5.030	1.174	4.159	976	3.943	927
Sachsen-Anhalt	3.330	1.298	3.368	1.328	3.381	1.346	3.313	1.334	3.204	1.304	3.052	1.248
Schleswig-Holstein	2.731	972	2.763	981	2.787	986	2.814	995	2.822	997	2.710	956
Thüringen	2.965	1.234	2.939	1.233	2.900	1.226	2.823	1.204	2.721	1.171	2.596	1.121
<b>Flächenländer</b>	<b>87.141</b>	<b>905</b>	<b>88.761</b>	<b>1.156</b>	<b>88.970</b>	<b>1.159</b>	<b>88.632</b>	<b>1.156</b>	<b>86.580</b>	<b>1.131</b>	<b>83.889</b>	<b>1.096</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle:

Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5  
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

## Realsteuervergleich 2007

Bundesland	Gewogene Durchschnittshebesätze								
	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbsteuer n. E. u. K.		
	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen
<b>Schleswig-Holstein</b>	276	353	275	321	444	292	336	413	316
Baden-Württemberg	339	376	338	356	427	336	358	406	342
Bayern	335	320	336	368	453	321	372	447	322
Brandenburg	258	318	257	372	441	360	319	391	306
Hessen	273	245	274	329	454	273	389	453	336
Mecklenburg-Vorpommern	245	253	245	351	418	322	325	404	287
Niedersachsen	341	328	341	380	427	372	377	420	370
Nordrhein-Westfalen	220	224	220	436	485	397	435	452	417
Rheinland-Pfalz	285	284	285	338	377	321	366	393	350
Saarland	248	/	248	336	/	336	411	/	411
Sachsen	299	313	298	448	532	394	408	453	381
Sachsen-Anhalt	290	252	291	376	443	354	323	448	300
Thüringen	236	237	236	335	375	321	341	398	324
Berlin	150	150	/	810	810	/	410	410	/
Bremen	247	247	/	572	572	/	435	435	/
Hamburg	225	225	/	540	540	/	470	470	/
<b>Deutschland</b>	<b>295</b>	<b>275</b>	<b>296</b>	<b>400</b>	<b>502</b>	<b>345</b>	<b>389</b>	<b>440</b>	<b>354</b>
<b>Flächenländer</b>	<b>296</b>	<b>282</b>	<b>296</b>	<b>379</b>	<b>458</b>	<b>345</b>	<b>384</b>	<b>439</b>	<b>354</b>

Quelle: Stat. Bundesamt  
 Fachserie 14, Reihe 10.1  
 Realsteuervergleich

## Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 1997 bis 2007

Flächenland	31.12.1997 DM/Ew.*	31.12.1998 DM/Ew.*	31.12.1999 DM/Ew.*	31.12.2000 DM/Ew.*	31.12.2001 €/Ew.*	31.12.2002 €/Ew.*	31.12.2003 €/Ew.*	31.12.2004 €/Ew.*	31.12.2005 €/Ew.*	31.12.2006 €/Ew.*	31.12.2007 €/Ew.*
Baden-Würtemb.	601	626	703	686	352	361	1.564	352	460	613	888
Bayern	177	209	241	307	163	230	218	234	270	393	299
Brandenburg	514	500	566	567	288	274	276	273	271	263	246
Hessen	661	667	674	678	337	396	398	398	430	456	510
Meckl.-Vorpom.	1.255	1.238	1.210	1.069	501	478	475	1.170	367	375	305
Niedersachsen	243	305	339	376	214	231	224	231	229	240	244
Nordrhein-Westf.	531	714	1.021	787	420	371	467	437	465	464	436
Rheinland-Pfalz	478	545	561	571	301	320	321	329	317	347	345
Saarland	592	560	533	588	295	318	279	292	267	289	522
Sachsen	552	520	593	583	284	296	316	258	285	272	233
Sachsen-Anhalt	355	365	371	339	176	177	157	155	157	145	136
Schleswig-Holst.	362	391	414	425	253	252	247	150	132	122	116
Thüringen	259	232	243	279	142	141	143	127	123	90	89
<b>zusammen</b>	<b>460</b>	<b>483</b>	<b>619</b>	<b>574</b>	<b>300</b>	<b>308</b>	<b>495</b>	<b>332</b>	<b>343</b>	<b>387</b>	<b>407</b>

\* Berechnet nach der Einwohnerzahl vom 30.06. des jeweiligen Jahres

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5  
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der bereinigten Ausgaben und der Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer\* - 2004 bis 2007

	2004				2005				2006				2007			
	ber. Einnahmen		ber. Ausgaben		ber. Einnahmen		ber. Ausgaben		ber. Einnahmen		ber. Ausgaben		ber. Einnahmen		ber. Ausgaben	
	Mio €	Mio €	Mio €	€/Ew.	Mio €	Mio €	Mio €	€/Ew.	Mio €	Mio €	Mio €	€/Ew.	Mio €	Mio €	Mio €	€/Ew.
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>4.798</b>	<b>5.120</b>	<b>-322</b>	<b>-114</b>	<b>5.164</b>	<b>5.365</b>	<b>-200</b>	<b>-71</b>	<b>5.355</b>	<b>5.346</b>	<b>9</b>	<b>3</b>	<b>5.799</b>	<b>5.784</b>	<b>15</b>	<b>5</b>
Baden-Württemberg	21.089	20.982	107	10	22.180	22.460	-280	-26	23.892	23.037	855	80	25.671	23.443	2.228	207
Bayern	23.423	23.334	88	7	24.079	23.479	600	48	25.505	24.098	1.407	113	27.913	25.560	2.353	188
Brandenburg	4.729	4.970	-241	-94	5.315	5.221	94	37	5.479	5.419	60	24	5.762	5.482	280	110
Hessen	12.242	13.212	-994	-163	13.067	13.426	-345	-57	13.598	13.286	335	55	15.157	13.900	1.269	209
Mecklenburg-Vorpommern	3.391	3.365	26	15	3.544	3.572	-28	-16	3.588	3.617	-29	-17	3.717	3.638	79	47
Niedersachsen	13.670	14.216	-546	-68	14.168	14.616	-448	-56	15.000	14.795	205	26	15.986	15.110	876	110
Nordrhein-Westfalen	37.322	38.774	-1.452	-80	38.288	39.929	-1.641	-91	39.171	40.033	-862	-48	42.334	41.639	695	39
Rheinland-Pfalz	6.394	6.903	-509	-125	6.623	7.073	-450	-111	7.049	7.307	-258	-64	7.459	7.633	-174	-43
Saarland	1.507	1.639	-132	-125	1.618	1.642	-24	-23	1.774	1.897	-123	-117	1.719	1.774	-55	-53
Sachsen	7.942	7.617	325	75	8.070	7.772	298	70	8.903	7.896	1.006	236	8.290	7.788	502	119
Sachsen-Anhalt	4.648	4.981	-333	-133	4.634	4.727	-93	-37	4.884	4.708	177	72	4.895	4.624	271	112
Thüringen	4.183	4.040	143	60	4.309	4.064	245	104	4.443	4.266	178	77	4.601	4.335	266	116
<b>Flächenländer gesamt</b>	<b>145.338</b>	<b>149.153</b>	<b>-3.840</b>	<b>-52</b>	<b>151.059</b>	<b>153.346</b>	<b>-2.272</b>	<b>-31</b>	<b>158.641</b>	<b>155.705</b>	<b>2.960</b>	<b>40</b>	<b>169.303</b>	<b>160.710</b>	<b>8.605</b>	<b>117</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, "Finanzen und Steuern", Fachserie 14 / Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

\* Einwohnerzahlen zum 30.06

\*\* Abweichungen zur Differenz der Einnahmen zu den Ausgaben ergeben sich durch die Berücksichtigung haushaltstechnischer Verrechnung

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	27
<b>Kapitel:</b>	0304
<b>Titel:</b>	684 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.452,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.452,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.452,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.452,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Hat die Academia Baltica in den beiden vergangenen Jahren Landeszuschüsse erhalten; falls ja, in welcher Höhe, und wie soll sie in den nächsten Jahren bezuschusst werden?

Antwort der Landesregierung:

2006 hat die Academia Baltica einen Landeszuschuss aus dem Einzelplan 03 in Höhe von 120,0 T€ erhalten. Seit 2007 wird die Academia Baltica mit 105,0 T€ aus dem Einzelplan 09 gefördert (Kap./Titel 0911-684 09).

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03, Ministerpräsident, Staatskanzlei
<b>Seite:</b>	38
<b>Kapitel:</b>	0306
<b>Titel:</b>	893 21
<b>Zweckbestimmung:</b>	Investitionen der Stiftung Landesmuseen Schloß Gottorf

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	639,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	639,2 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	770,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	530,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklären sich die starken Schwankungen von 639,2 T€ (2008) auf 770,0 T€ (2009) und 530,0 T€ (2010)?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung folgt der dringenden Empfehlung des LRH, die bauliche Investitionssicherheit für Gottorf zu gewährleisten. Mittelfristig ist nach aktualisiertem GMSH-Gutachten noch Investitionsbedarf von ca. 12 Mio € abzarbeiten. Als Bedarf sind jährlich 1.1 Mio. € notwendig. Dem soll einerseits mit dem erhöhten Ansatz (2009), andererseits mit dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe (2009 und 2010) entsprochen werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	41
<b>Kapitel:</b>	06
<b>Titel:</b>	684 59 MG 07
<b>Zweckbestimmung:</b>	Nordfriesisches Institut e. V.

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	215,0
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	217,0
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	217,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	211,0

### Frage/Sachverhalt:

Warum wird der Nordfriesische Institutverein von der generellen Überrollung der Minderheitentitel ausgenommen?

### Antwort der Landesregierung:

Die Haushaltsanmeldung und die MFP für die Förderung des NFI betrug seit 2000 jährlich 209,6 T€ und wurde damit zu vielen anderen Einrichtungen nicht gekürzt sondern stets überrollt.

Der jeweils im Haushaltsplan ausgewiesene höhere Betrag ist darauf zurückzuführen, dass der Ansatz regelmäßig auf SSW-Antrag aufgestockt wurde - zuletzt 2008 auf 217,0 T€.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	44
<b>Kapitel:</b>	0306
<b>Titel:</b>	684 10 (MG 08)
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuwendung für das Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF)

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.700,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.700,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.700,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.700,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Schleswig-Holstein Musikfestival  
Mit welcher Begründung sollen die Zuwendungen an das SHMF trotz des allgemeinen Einsparungszwanges um 16,3% angehoben werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Zuwendung wird nicht erhöht.  
Das SHMF hat 2006 einmalig einen Beitrag in Höhe von 238,0 T€ (16,3%) zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	48
<b>Kapitel:</b>	03 06 MG 12
<b>Titel:</b>	68446
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung von Film und Medien, Zuwendungen an FFHSH

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	56,5 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	140,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	40,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	140,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welcher Begründung wird die Filmförderung 2009 von 140,0 T€ auf 40,0 T€ gekürzt und bereits 2010 wieder auf den Ausgangsstand erhöht?

Antwort der Landesregierung:

Laut Medienstaatsvertrag wird die Filmwerkstatt Kiel der FFHSH bis einschließlich 2009 aus Rundfunkgebührenanteilen finanziert. Die angesetzten Mittel für 2009 stehen für sonstige Zuwendungen im Film- und Medienbereich zur Verfügung. Der Ansatz für 2010 dient der Finanzierung der Filmwerkstatt Kiel.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	53
<b>Kapitel:</b>	0306
<b>Titel:</b>	89309
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kulturtouristische Investitionen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.553,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	840,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.000,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welcher Begründung wird der Titel 2009 deutlich angehoben und 2010 auf Null gestellt?

Antwort der Landesregierung:

Die Mittel sind für kulturtouristische Investitionen im Schleswig-Holstein Fonds 2005 – 2009 veranschlagt. Dieser endet mit Ablauf des Jahres 2009. Die Mittel sind in unterschiedlichen Gesamtbeträgen ausgewiesen worden, aufgrund Anzahl geplanter Projekte, Laufzeiten und Anhebungen bei Mittelumplanungen für neue Projekte.

2005 – 1,0 Mio. € / 2006 – 1,66 Mio. € / 2007 – 1,52 / 2008 – 2,28 Mio. € / 2009 – 1,0 Mio. €

### Projekte u.a.:

- Stiftung SHLM Wikingermuseum Haithabu
- Stiftung Schloss Ahrensburg
- Hans-Momsen-Haus in Fahretoft/ Dagebüll
- Stiftung Schloss Eutin
- Wenzel Hablik Stiftung Itzehoe

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	00.52501
<b>Zweckbestimmung:</b>	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschl. Reisekosten

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	77,4 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	119,9 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	105,7 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	107,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Mittelabfluss 2008?

Antwort der Landesregierung:

Mit Stand 17.09.2008 besteht folgender Mittelabfluss:

Ist 75,0 T€

Bindungen: 4,0 T€

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	00.52601
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gerichts- und ähnliche Kosten

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	8,5 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	10,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	20,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	20,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Der Ansatz wird für 2009 / 2010 verdoppelt: Wird mit etwas Konkretem gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Die Erhöhung basiert auf einer Steigerung der Gerichts- und Verfahrenskosten durch Zunahme der Verfahrenszahl, die insbesondere seit der Eingliederung der Hochschulabteilung in den Geschäftsbereich des MWV zu verzeichnen ist. Die geplante Erhöhung soll nunmehr eine realistische und kontinuierliche Angleichung ermöglichen, ohne dass - wie in der Vergangenheit - im Rahmen der Deckungsfähigkeit zusätzliche Mittel in Anspruch genommen werden müssen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	17
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	00.53307
<b>Zweckbestimmung:</b>	Beiträge zur Kinderbetreuung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	22,5 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	22,5 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	22,5 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	22,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Nutzung bzw. der Auslastung? Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit der Einrichtung gemacht, insbesondere in Bezug auf die konkrete Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Kinderbetreuung

Antwort der Landesregierung:

Für die Landesregierung handelt in dieser Frage der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr. Die jeweiligen vertraglichen Regelungen und Kontingente werden allerdings in der Personalreferentenkonferenz abgestimmt.

Soweit vertraglich vereinbarte Kontingente in der Vergangenheit nicht vollständig in Anspruch genommen wurden, wurden Restkontingente in das jeweils folgende Jahr übertragen.

Das Kontingent für 2008 beträgt 411 Tage. Im Zeitraum 1.1.2008 bis 30.6.2008 wurde die Backup-Einrichtung an 94 Tagen genutzt. Für den Zeitraum 1.7.2008 - 31.12.2008 verbleiben noch 317 Tage.

Die im genannten Zeitraum von Beschäftigten des Landes in Anspruch genommenen 94 Tage stellen sich wie folgt dar:

Stunden	Anzahl	Stunden	Anzahl
1 bis unter 2 Stunden	1	7 bis unter 8 Stunden	6
3 bis unter 4 Stunden	4	8 bis unter 9 Stunden	10
4 bis unter 5 Stunden	21	9 bis unter 10 Stunden	7
5 bis unter 6 Stunden	15	10 bis unter 11 Stunden	3
6 bis unter 7 Stunden	26	24 bis unter 25 Stunden	1

Die so genannte „Back-up-Einrichtung“ hat sich als ein wichtiges ergänzendes Instrument der Kinderbetreuung erwiesen. Die Gewährleistung einer Notfallbetreuung für unvorhergesehene Engpasssituationen verbessert eindeutig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Ziel, Betreuungsengpässe zu überbrücken, wird durch die Einrichtung von Company Kids erreicht.

Das Angebot des Trägers der „Back-up-Einrichtung“ (pme Familienservice GmbH) erstreckt sich nicht ausschließlich auf die Kinderbetreuung. Angeboten werden auch Informationsveranstaltungen, die Unternehmen unterstützen, familienfreundlicher zu werden und helfen den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch deren Beratungsangeboten sowie Dienstleistungen, Beruf und Privatleben in Einklang zu bringen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	00.68504
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	61,1 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	61,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wurden die Ausgaben für Statistiken bisher kalkuliert?

Antwort der Landesregierung:

Die Frage, wie die Statistiken bisher kalkuliert wurden, kann von hier aus nicht beantwortet werden, da die Statistiken bis 2006 im Einzelplan des Innenministeriums veranschlagt waren. Ab 2007 wurden die Ansätze für Statistiken in die jeweiligen Einzelpläne umgesetzt (Einführung der Ressortdeckung). Die jeweiligen Ansätze für die einzelnen Statistiken wurden den Ressorts mitgeteilt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	67
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	00.13401
<b>Zweckbestimmung:</b>	Rückzahlung von Beteiligungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	227,6 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.130,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	884,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	419,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund ist der Ansatz deutlich geringer als im laufenden Jahr?

Antwort der Landesregierung:

Grundlage für die in den Haushalt eingestellten Ansätze 2009 und 2010 ist eine Aufstellung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft vom 21. Januar 2008 über WKF-Beteiligungen, die nach Ablauf der Laufzeit (in der Regel 10 Jahre) in den Jahren 2009 – 2012 an die MBG zurückzuzahlen sind. Diese Liste mit den einzelnen Beteiligungsnehmern stellt zum Zeitpunkt der Festsetzung der HH-Ansätze eine Momentaufnahme dar.

Die sich aus dieser Aufstellung ergebenden Rückzahlungsbeträge sind in der Höhe sehr unterschiedlich und betragen

in 2009 = T€ 1.362, in 2010 = T€ 644, in 2011 = T€ 1.687 und in 2012 = T€ 97.

Bei diesen Rückzahlungsbeträgen sind Kriterien wie Insolvenzen, vorzeitige Ablösung der Beteiligung, Laufzeitverlängerungen um bis zu fünf Jahre und vertraglich vereinbarte ratiellerliche Tilgungen nicht berücksichtigt.

Bei den geförderten Beteiligungsnehmern handelt es sich nicht um Existenzgründungen oder junge Unternehmen (jünger 36 Monate), sondern um länger bestehende Unternehmen. Für diese Unternehmen ist in vergleichbaren Förderprogrammen wie z.B. beim Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze ein Ausfallrisiko von 35% zu Grunde gelegt worden.

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass die in der Aufstellung zugrunde gelegten jährlichen Rückzahlungsbeträge sich nicht in dem Umfang als Haushaltseinnahmen realisieren lassen.

Vor diesem Hintergrund wurden die in der Aufstellung ausgebrachten Jahresbeträge um den vorgenannten Risikoabschlag in Höhe von 35% gekürzt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	72
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.02.87104
<b>Zweckbestimmung:</b>	Inanspruchnahme aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Beteiligungssofortprogramms für Arbeitsplätze

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	616,4 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.042,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.317,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.500,2 T€

### Frage/Sachverhalt:

2009 erfolgt die Finanzierung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds. Soll die Finanzierung 2010 auch unter einem bestimmten Label erfolgen?

### Antwort der Landesregierung:

Eine Finanzierung der Inanspruchnahme aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Beteiligungssofortprogramms für Arbeitsplätze unter einem bestimmten Label ist im Haushaltsentwurf 2010 nicht vorgesehen

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	72
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.02.87105
<b>Zweckbestimmung:</b>	Beteiligungsfonds für Seed- und Start-Up-Finanzierungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	340,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	424,2 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	615,9 T€

Frage/Sachverhalt:

2009 erfolgt eine Teilfinanzierung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds. Soll die Finanzierung 2010 auch unter einem bestimmten Label erfolgen?

Antwort der Landesregierung:

Eine Finanzierung des Beteiligungsfonds für Seed- und Start-Up-Finanzierungen unter einem bestimmten Label ist im Haushaltsentwurf 2010 nicht vorgesehen

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	72
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.02.87107
<b>Zweckbestimmung:</b>	Darlehenssfortprogramm für kleine und mittlere Unternehmen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.000,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	700,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

2009 erfolgt eine Teilfinanzierung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds. Soll die Finanzierung 2010 auch unter einem bestimmten Label erfolgen?

Antwort der Landesregierung:

Eine Finanzierung des Darlehenssfortprogramms „IB.KMUdirekt“ unter einem bestimmten Label ist im Haushaltsentwurf 2010 nicht vorgesehen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	75
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.03.88301
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	11.307,5 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	3.324,2 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	3.323,8 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	7.848,6 T€

### Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden 2008 durchgeführt; welche sind für 2009 und 2010 jeweils geplant?

### Antwort der Landesregierung:

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) bildet eine von drei Finanzierungssäulen des „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ (ZPW).

Im Rahmen des ZPW wurden in 2008 folgende regionale Projekte mit GA-Mitteln bereits bewilligt:

- Sicherheitspaket Flughafen Sylt II
- Erschließung Gewerbegebiet B-Plan 28 „Scheeperkoppel“
- Entwicklungskonzept Hafen Friedrichskoog-Indoorspielangebot

Weitere Bewilligungen in 2008 sind für die Projekte „Verlängerung des Regionalmanagements Konversion FL/SL“ und „Neuer Hafen Kiel-Canal Osterrönfeld“ vorgesehen.

Konkrete Planungen für die Jahre 2009 und 2010 liegen derzeit noch nicht vor; dies hängt entscheidend von der Antragsituation ab.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	76
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.03.89201
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	12.769,4 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	14.437,2 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	16.866,3 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	15.454,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden 2008 durchgeführt; welche sind für 2009, 2010 und die Folgejahre jeweils geplant?

Antwort der Landesregierung:

Basis des betroffenen Förderprogramms ist der sog. 36. Rahmenplan der „Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der eine Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der sog. GA-D- sowie der GA-C-Fördergebietskulisse vorsieht. In letzterer können auch Großunternehmen gefördert werden. Gegenstand der Förderung sind arbeitsplatzschaffende und- sichernde Investitionen der Unternehmen in die Errichtung, Erweiterung oder Modernisierung von Betriebsstätten. Die Arbeitsplätze sind im Regelfall über 5 Jahre nach Abschluss der geförderten Investition zu besetzen. Hierüber ist von allen Zuwendungsempfängern gegenüber der Investitionsbank als Bewilligungsstelle der Nachweis zu führen. Sofern ein Verstoß festgestellt wird, eröffnet der Rahmenplan verschiedene Handlungsoptionen bis hin zur Rückforderung des gewährten Zuschusses. Anträge gehen laufend bei der Investitionsbank ein und werden bei Erreichen der Bewilligungsreife umgehend bewilligt. Gegenwärtig liegen im fraglichen Programm rd. 140 Förderanträge vor.

Neben Mitteln der GA können auch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE aus dem Förderprogramm 2007-2013 eingesetzt werden. Hier sind über den gesamten Programmzeitraum 97,5 Mio. € für diese Förderzwecke eingeplant, die keinem Jährlichkeitsprinzip unterliegen. Die Entscheidung, welches Förderprogramm eingesetzt wird, obliegt der IB. Eine Vorab-Aufteilung der verfügbaren Mittel auf die vorliegenden Anträge erfolgt nicht.

Das Förderjahr 2008 ist noch nicht abgeschlossen. Vorgesehen ist ein Bericht des MWV in

Tabellenform zur Vorlage im Finanzausschuss im nächsten Frühjahr, der auch die EFRE-Förderfälle umfassen wird. Die fraglichen Daten sind bislang als geheim eingestuft worden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	82
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.17.68217
<b>Zweckbestimmung:</b>	An Dritte für Leistungen zur Programmbegleitung und Sonstiges

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	709,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	255,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	350,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahme ist für 2010 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten Mittel sind für die Projektförderungen der regionalen Geschäftsstellen in den Regionen Nord, Südost, Südwest und KERN im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft vorgesehen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	82
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.17.68517
<b>Zweckbestimmung:</b>	An öffentliche Einrichtungen für nicht investive Maßnahmen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	8.136,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	3.642,3 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahme ist für 2010 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft wird über die Förderung von Projekten aufgrund der eingereichten Projektanträge durch den Projektträger entschieden.

Die in 2010 veranschlagten Mittel werden für in 2007 bewilligte Projekte benötigt. Diese Projekte haben eine Laufzeit über mehrere Jahre einschließlich des Jahres 2010; die Bindung der Mittel über die Laufzeit erfolgte bereits in 2007.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	83
<b>Kapitel:</b>	12
<b>Titel:</b>	.17.88317
<b>Zweckbestimmung:</b>	An Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	699,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	52.298,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	47,324,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	58.113,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden 2008 durchgeführt; welche sind für 2009, 2010 und die Folgejahre jeweils geplant?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft wird über die Förderung von Projekten aufgrund der eingereichten Projektanträge durch den Projektträger entschieden.

Die nachfolgend genannten Projekte wurden bisher bewilligt:

- Kurmittelzentrum Dahme
- Erschließung des Gewerbegebietes Ratzeburg/Ziethen
- Qualitätsoffensive im Segeltourismus
- Erschließung des Gewerbegebietes B-Plan 14, Kastorf
- Erneuerung Schwimmbad Niendorf
- Neugestaltung der Strandpromenade Timmendorfer Strand, 1. BA
- Erschließung des Gewerbegebietes B-Plan 28, „Scheeperkoppel“
- Küstenschutzkonzept Timmendorfer Strand, 2. BA.

Bewilligungen in den Jahren 2009 und 2010 erfolgen auf der Basis noch kommender Projektanträge.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	89
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	.01.63204
<b>Zweckbestimmung:</b>	Vertragliche Entgelte an die Bundesnetzagentur

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	155,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	520,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	200,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	200,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund werden nach 520 T€ 2008 für 2009 und 2010 nur je 200 T€ benötigt?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze Soll 2009 und 2010 weisen keine echte Kostenänderung aus. Ausweislich der LT-Drs. 16/334 vom 25.10.2005 (S. 4) hat das Land dafür, dass die Bundesnetzagentur die Aufgaben der Landesregulierungsbehörde übernimmt, Verwaltungskosten in Höhe von rund 200,0 T€ auszugleichen. Der Kostenansatz wird gemäß der Abrechnungsmodalitäten nach Art. 4 Abs. 3 und 4 der Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein (GVOBl. Schl.-H. 2005 Nr. 17 vom 22. Dezember 2005) bestimmt.

Der im Ansatz Soll 2008 aufgeführte Mehrbetrag von 320,0 T€ betrifft kostenpflichtige Amtshandlungen, die Dritte gegenüber der Bundesnetzagentur auszugleichen haben (Art. 4 Abs. 2 Verwaltungsabkommen).

Die entsprechenden Einnahmen sind in 2008 bei 0601.00.111 01 veranschlagt, da zunächst davon ausgegangen wurde, dass diese Amtshandlungen über den Landeshaushalt abgewickelt werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	92f
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	.07.68304
<b>Zweckbestimmung:</b>	Projektförderungen an Private

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.264,3 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.765,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	2.200,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte sollen umgesetzt werden und wofür sind die hohen Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden an Verbundprojekten mit Hochschulen beteiligte Unternehmen gefördert. Im Übrigen siehe Titel 0613.07.685 13 „Projektförderungen öffentlicher Einrichtungen“

Die Projekte werden regelmäßig über mehrere (meist 3) Jahre gefördert. Hierfür sind VE erforderlich.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	94
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	.07.68513
<b>Zweckbestimmung:</b>	Projektförderungen öffentlicher Einrichtungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	2.193,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	2.855,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	3.212,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.138,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte / Produktplattformen sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Es gibt bisher über die genannten thematischen Schwerpunkte hinaus keine Festlegungen zugunsten bestimmter Projektanträge.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	95
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	.07.89401
<b>Zweckbestimmung:</b>	Investitionsförderungen öffentlicher Einrichtungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.213,1 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	470,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	100,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte / Produktplattformen sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden investive Projektanteile finanziert.  
Im Übrigen siehe Titel 0613.07.685 13 „Projektförderungen öffentlicher Einrichtungen“.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	105f
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	ETG 62
<b>Zweckbestimmung:</b>	Einnahmen aus den landeseigenen Häfen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	951,3 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	993,7 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	120,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	120,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Aus welchem Grund gehen insbesondere die Hafengebühren stark zurück?

Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen im Einzelplan 06 gehen nicht zurück, sondern werden künftig beim Landesbetrieb veranschlagt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	100
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.00.82101
<b>Zweckbestimmung:</b>	Grunderwerb Brunsbüttel

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	3.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Steht der Wiederankauf einer Hafenvorratsfläche in Brunsbüttel im Zusammenhang mit Titel 131 01, S. 103 (handelt es sich um das gleiche Grundstück)?

Antwort der Landesregierung:

Ja, es ist das gleiche Grundstück.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	111
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.00.88334
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuweisungen für den kommunalen Straßenbau

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	2.800,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	3.300,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sollten mit der Aufstockung 2009 finanziert werden?

Antwort der Landesregierung:

- Die für das Jahr 2009 ausgewiesenen 3,3 Mio. Euro aus dem Schleswig-Holstein Fonds dienen der Verstärkung der Mittel nach § 24 Abs. 1 FAG.
- Mittel nach § 24 Abs. 1 FAG (jährlich 3,6 Mio. Euro) sind für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie für den Um- und Ausbau von Gemeindestraßen einzusetzen. Die Mittel fließen den Kreisen als Festbetrag zu. Die Kreise entscheiden auf der Grundlage der „Richtlinie für die Verwendung der Zuweisungen für Gemeindestraßen“ vom 01. Dezember 2006 (Amtsbl. Schl.-H. 2006, Seite 1564) eigenverantwortliche über die Verteilung dieser Mittel für gemeindliche Projekte innerhalb ihres Kreisgebietes.
- Bei den Baumaßnahmen kann es sich um bauliche Erhaltungsmaßnahmen (z.B. Oberflächenbehandlung, Dünnschichtbelag, Ersatz der Deckschicht) bis hin zum Vollausbau von Gemeindeverbindungsstraßen handeln.
- Den Bedarf an Instandsetzungsmaßnahmen zur Substanzerhaltung der Gemeindeverbindungsstraßen bzw. an Ausbaumaßnahmen fixieren die Gemeinden und/oder die Wege-Zweck-Verbände. Die Kreise beschließen welche Baumaßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel festgelegt werden können (Priorisierung). Der zweckentsprechende Mitteleinsatz ist gegenüber den Kreisen durch vereinfachte Verwendungsnachweise zu belegen.
- Eine Nachweispflicht gegenüber dem Land besteht nicht. Dem MWV liegen damit insoweit auch keine Informationen zu einzelnen beabsichtigten Maßnahmen der jährlichen Bauprogramme der Gemeinden bzw. Wege-Zweck-Verbände vor.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	111
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.53301
<b>Zweckbestimmung:</b>	An die Hamburger Verkehrsverbund GmbH

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	151,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	150,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	164,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	164,0 T€

### Frage/Sachverhalt:

Der Titel war im vorherigen Haushalt mit der Nachschiebeliste von 164T€ auf 150T€ gekürzt worden. Wie entwickelte sich der tatsächliche Mittelabfluss für 2007 und 2008?

### Antwort der Landesregierung:

1. Mittelabfluss 2007 , Ist 151,2 T€
2. Mittelabfluss 2008 ff vsl. 164,0 T€

Die veranschlagten Beträge/Ansätze ergeben sich aus der mittelfristigen Finanzplanung der HVV GmbH, der der Aufsichtsrat zusammen mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan zugestimmt hat, bei Anwendung des Finanzierungsschlüssels in Höhe des Gesellschaftsanteils des Landes von 3% auf den aufzuteilenden Betrag.

2007 fiel der Betrag durch Sondereinflüsse bei den Regiekosten etwas geringer aus.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	111
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.53303
<b>Zweckbestimmung:</b>	ÖPNV-Vorhaben und ÖPNV-Untersuchungen von landespolitischer Bedeutung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	589,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	700,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	600,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Untersuchungen und Vorhaben wurden 2007 und 2008 gefördert, welche sind für 2009/2010 vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

In den Jahren 2007 und 2008 wurden neben kleineren Projekten folgende Untersuchungen und Vorhaben gefördert:

- Stationsprogramm (Stationsbüro)
- Umsetzung Qualitätsmanagement
- Grenzüberschreitende ÖPNV-Untersuchungen
- Landesweite Fahrplanauskunft, Entwicklung und Umsetzung
- Landesweite Marktforschung
- HVV – Umlandtarifgutachten
- Nahverkehrsdatenbank
- Studie „ Auswirkung demographischer Wandel“
- Aufbereitung Nachfragedaten SPNV
- Schienenanbindung Kaltenkirchen – Hamburg
- Nutzen – Kosten – Untersuchung Ausbau Kiel – Lübeck
- 3. Stufe S-H- Tarif Dithmarschen

In den Jahren 2009 und 2010 sollen folgende Vorhaben und Untersuchungen gefördert werden:

- Qualitätskontrolle Stationen
- Qualitätsmanagement

- Landesweite Fahrplanauskunft
- Landesweite Marktforschung
- Grenzüberschreitender ÖPNV-Untersuchungen
- Weiterentwicklung des SH-Tarif
- Elektronisches Ticketing im HVV und im SH-Tarif

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	112
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.63304
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse zur Aufrechterhaltung für ansonsten aufzugebende Bahnstrecken

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	51,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	113,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	70,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	70,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Für welche Strecken erfolgte 2007 und 2008 eine Förderung, welche sind für 2009 / 2010 vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

In den Jahren 2007 und 2008 sind Mittel zum Erhalt folgende Strecken geflossen:

- Itzehoe-Edendorf
- Hohenlockstedt-Wrist
- Neumünster-Ascheberg
- Flensburg Weiche-Lindholm
- Burg West - Burg Bf
- Ratzeburg – Hollenbek

Für 2009 und 2010 werden für folgende Strecken Mittel verwendet:

- Kellinghusen-Wrist
- Flensburg Weiche-Lindholm
- Burg West - Burg Bf
- Ratzeburg – Hollenbek

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	113
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.68204
<b>Zweckbestimmung:</b>	Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter an öffentliche Unternehmen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	4.426,6 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	8.100,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	4.500,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	4.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Mittelabfluss 2008?

Antwort der Landesregierung:

Die Erstattung für die Beförderung von Schwerbehinderten wird in zwei Teilbeträgen zum 15.07. und 15.11. gezahlt. Bisher sind 5.120.374,-- € ausgezahlt worden (Erstattung und 1. Vorauszahlung), zum 15.11. werden noch weitere Mittel in Höhe von 3.485.775,--€ ausgezahlt (2. Vorauszahlung).

In den Zahlungen sind auch Abrechnungen der Jahre 2005 und 2006 enthalten, da erst jetzt die endgültigen Zahlen des SH-Tarifes vorliegen.

Dementsprechend liegen auch noch nicht alle Anträge vor, zumal die Antragsfrist für das Jahr 2007 erst zum 31.12.2008 endet, so dass noch mit weiteren Zahlungen bis zum Ende des Jahres zu rechnen ist.

(s. auch Titel 0614.02.68304 und TG 73-Frage zu S. 125f)

Die Zuständigkeitszuweisung für das Erstattungsverfahren, d.h. für die Bearbeitung der Anträge auf Fahrgelderstattung an das MWV im Jahre 1985 erfolgte seinerzeit im Wesentlichen wegen der nur im MWV gegebenen fachlichen Nähe zu den Verkehrsbetrieben im Lande. Die Landesregierung folgte dabei der Empfehlung des Landesrechnungshofes vom 17.09.1984. In seiner Begründung wies der Landesrechnungshof insbesondere darauf hin, dass die für das Erstattungsverfahren entscheidenden Fragen überwiegend verkehrswirtschaftlicher Art seien, die deshalb in dem dafür zuständigen Ressort besser beurteilt werden können. In der fachlichen Verantwortung des Wirtschafts- und Verkehrsressorts liegt u.a. die Erteilung der

Linienkonzessionen, die Grundlage für die Fahrgelderstattung ist.

Die Behindertenpolitik der Landesregierung ist ein Querschnittsthema, für das je nach fachlichem Bezug unterschiedliche Ressorts zuständig sind.

Die entstehenden Verwaltungseinnahmen durch den Verkauf der Wertmarken werden im Einzelplan 10 03 Landesamt für soziale Dienste in der Maßnahmengruppe 02 veranschlagt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	115
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.88306
<b>Zweckbestimmung:</b>	An Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	600,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	103,3 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	100,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Was wird 2008 gefördert, was ist für 2009/2010 vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2008 werden die Mittel für die Beseitigung des Bahnübergangs Friedrichsruh sowie für kommunale Maßnahmen im Rahmen des Stationsprogramms verwendet  
Im Jahr 2009 und 2010 sind die Mittel ebenfalls für kommunale Maßnahmen im Rahmen des Stationsprogramms vorgesehen

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	115
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	.02.89108
<b>Zweckbestimmung:</b>	An öffentliche Verkehrsunternehmen für Investitionen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	118,1 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	2.176,4 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	100,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.100,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Was wird 2008 gefördert, was ist für 2009/2010 vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2008 wurden folgende Maßnahmen gefördert:

- Vertriebsinfrastruktur
- Umsetzung Stationsprogramm

Es sollen in 2009 und 2010 v.a. folgende Maßnahmen gefördert werden:

- Planungskosten DB Station & Service
- Umsetzung Stationsprogramm
- Anbindung Burg

Die Ansätze weichen von der mittelfristigen Finanzplanung ab, weil durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund auch in diesem Bereich der Maßnahmenumfang reduziert wurde bzw. die Umsetzung sich verzögert hat.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	125f
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	TG 73
<b>Zweckbestimmung:</b>	Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	4.200,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	4.300,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	3.400,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	3.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Mittelabfluss 2008?

Antwort der Landesregierung:

Die Erstattung für die Beförderung von Schwerbehinderten wird in zwei Teilbeträgen zum 15.07. und 15.11. gezahlt. Bisher sind 5.120.374,-- € ausgezahlt worden (Erstattung und 1. Vorauszahlung), zum 15.11. werden noch weitere Mittel in Höhe von 3.485.775,--€ ausgezahlt (2. Vorauszahlung).

In den Zahlungen sind auch Abrechnungen der Jahre 2005 und 2006 enthalten, da erst jetzt die endgültigen Zahlen des SH-Tarifes vorliegen.

Dementsprechend liegen auch noch nicht alle Anträge vor, zumal die Antragsfrist für das Jahr 2007 erst zum 31.12.2008 endet, so dass noch mit weiteren Zahlungen bis zum Ende des Jahres zu rechnen ist.

(s. auch Titel 0614.02.68204 und 68304 – Frage zu s. 113)

Die Zuständigkeitszuweisung für das Erstattungsverfahren, d.h. für die Bearbeitung der Anträge auf Fahrgelderstattung an das MWV im Jahre 1985 erfolgte seinerzeit im Wesentlichen wegen der nur im MWV gegebenen fachlichen Nähe zu den Verkehrsbetrieben im Lande. Die Landesregierung folgte dabei der Empfehlung des Landesrechnungshofes vom 17.09.1984. In seiner Begründung wies der Landesrechnungshof insbesondere darauf hin, dass die für das Erstattungsverfahren entscheidenden Fragen überwiegend verkehrswirtschaftlicher Art seien, die deshalb in dem dafür zuständigen Ressort besser beurteilt werden können. In der fachlichen Verantwortung des Wirtschafts- und Verkehrsressorts liegt u.a. die Erteilung der

Linienkonzessionen, die Grundlage für die Fahrgelderstattung ist.

Die Behindertenpolitik der Landesregierung ist ein Querschnittsthema, für das je nach fachlichem Bezug unterschiedliche Ressorts zuständig sind.

Die entstehenden Verwaltungseinnahmen durch den Verkauf der Wertmarken werden im Einzelplan 10 03 Landesamt für soziale Dienste in der Maßnahmengruppe 02 veranschlagt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	130
<b>Kapitel:</b>	16
<b>Titel:</b>	.02.63301
<b>Zweckbestimmung:</b>	An Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur und besonderer Zielgruppen sowie innovativer Maßnahmen in der Weiterbildung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	150,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	150,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind für 2009 /2010 geplant und welche sollen längerfristig mit den Verpflichtungsermächtigungen abgesichert werden?

Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten Mittel wurden im November 2007 entsprechend der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und dem Arbeitsprogramm der Landesregierung zur Förderung der 12 Weiterbildungsverbände bewilligt. Im November 2007 wurden insgesamt 6,1 Mio € für die Jahre 2008 – 2010 bewilligt. Die Landesmittel und die VE sind die notwendige Kofinanzierung des Landes. Die EFRE-Mittel sind im Zukunftsprogramm Wirtschaft (ZPW) veranschlagt.

Aus haushaltssystematischen Gründen sind die Mittel entsprechend unterschiedlicher Zuwendungsempfängergruppen auf drei Haushaltstitel aufgeteilt.

Titel: 0616.02.63301 „An Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung...“

Titel: 0616.02.68512 „An Organisationen der Wirtschaft zur Förderung...“

Titel: 0616.02.68612 „An Sonstige zur Förderung...“

Die Förderung der Weiterbildungsverbände ist lt. Weiterbildungskonzept der Landesregierung und EFRE-OP langfristig bis 2013 geplant.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	132
<b>Kapitel:</b>	16
<b>Titel:</b>	.02.68612
<b>Zweckbestimmung:</b>	An Sonstige zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur und besonderer Zielgruppen sowie innovativer Maßnahmen in der Weiterbildung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	130,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	115,0 T€

### Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind für 2009 /2010 geplant und welche sollen längerfristig mit den Verpflichtungsermächtigungen abgesichert werden?

### Antwort der Landesregierung:

Im November 2007 wurden insgesamt 6,1 Mio € für die Jahre 2008 – 2010 bewilligt. Die Landesmittel und die VE sind die notwendige Kofinanzierung des Landes. Die EFRE-Mittel sind im Zukunftsprogramm Wirtschaft (ZPW) veranschlagt.

Aus haushaltssystematischen Gründen sind die Mittel entsprechend unterschiedlicher Zuwendungsempfängergruppen auf drei Haushaltstitel aufgeteilt.

Titel: 0616.02.63301 „An Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung...“

Titel: 0616.02.68512 „An Organisationen der Wirtschaft zur Förderung...“

Titel: 0616.02.68612 „An Sonstige zur Förderung...“

Die Förderung der Weiterbildungsverbände ist lt. Weiterbildungskonzept der Landesregierung und EFRE-OP langfristig bis 2013 geplant.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	145
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	.04.68641
<b>Zweckbestimmung:</b>	An wissenschaftliche Vereinigungen im Lande

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	23,3 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	23,3 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	24,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	24,0 T€

### Frage/Sachverhalt:

- Wie wurde der Gesamtzuschuss von 23,3 T€ zwischen der Universitätsgesellschaft und der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft (FTG) bisher aufgeteilt, und wie soll der Zuschuss von 24,0 T€ künftig aufgeteilt werden?
- Welche Auswirkungen hatte die Zuschusskürzung für die FTG auf das mit diesem Zuschuss geförderte Langzeitprojekt einer Tönnies-Gesamtausgabe?

### Antwort der Landesregierung:

- Aufteilung im HHJ 2008 18,3 T€ für FTG, 5 T€ UniGesell.
- Im HHJ 2009 19 T€ FTG, 5 T€ UniGesell.

Im Jahre 2006 wurde FTG ein Zuschuss in Höhe von 13,3 T€ bewilligt. In den Jahren 2007-2008 jeweils 18,3 T€. Geplant für das Jahr 2009 ist ein Zuschuss in Höhe von 19 T€, um eine weitere Laufzeitverschiebung zu verhindern.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	145ff
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	MG 06
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse an die Hochschulen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	244.584,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	238.804,8 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	254.466,5 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	254.331,1 T€

### Frage/Sachverhalt:

Wie begründen sich der sehr geringe Zuwachs der Zuschüsse an alle anderen Hochschulen (außer Universität Flensburg) bzw. der absolute Rückgang bei der FH Flensburg angesichts früherer Ankündigungen eines mindestens fünfprozentigen Zuwachses? Wie begründet sich der einmalig in 2009 vorgesehen Aufwuchs von 23,3 %?

### Antwort der Landesregierung:

Ein 5%iger Zuwachs war das Ziel des MWV für die Haushaltsberatungen. Ergebnis der Haushaltsberatungen der Landesregierung ist eine Steigerung der Globalzuschüsse der Hochschulen um 3,6% von 2008 auf 2009.  
Der Globalzuschuss der FH Flensburg steigt absolut sowohl in 2009 als auch in 2010 gegenüber dem Haushaltsjahr 2008.  
Der Zuwachs von 23,3 % für die Uni Flensburg begründet sich dadurch, dass die erforderlichen 1,4 Mio.€ p.a. zur Sicherstellung der Akkreditierung für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 zusammen in 2009 veranschlagt werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	147
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	.06.68523
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschuss an die Universität Flensburg

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	13.781,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	13.572,8 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	16.731,3 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	13.831,3 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich der einmalig in 2009 vorgesehen Aufwuchs von 23,3 %?

Antwort der Landesregierung:

Es ist absehbar, dass für den erforderlichen Personalaufwuchs an der Universität Flensburg erhöhter Mittelbedarf besteht. Zur besseren Steuerung werden diese Haushaltsmittel der Hochschule im Jahr 2009 zur Verfügung gestellt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	152f
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 71
<b>Zweckbestimmung:</b>	FH Wedel

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	2.135,0 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	2.132,7 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	2.100,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.100,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die Kürzung des Zuschusses trotz wachsender Studierendenzahlen begründet?

Antwort der Landesregierung:

Die Höhe des Zuschusses für die FH Wedel stand bisher in keiner unmittelbaren Korrelation zu den aktuellen Studierendenzahlen. So wurde der Zuschuss auch nicht gemindert, als die Studierendenzahlen sich reduzierten.

Der aktuell, leicht vermindert veranschlagte Zuschuss für die FH Wedel trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich um eine freiwillige Leistung des Landes handelt, die Hochschule die einzige private Einrichtung ihrer Art ist, die einen Landeszuschuss erhält, und eine Zuschussreduktion über eine Anpassung ihrer Studiengebühren kompensieren kann. Insofern ist auch eine moderate Beteiligung an Einsparungen vertretbar.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	153
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 72
<b>Zweckbestimmung:</b>	Modellversuche im Hochschulbereich

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	301,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.175,5 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.175,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die Wiedereinstellung erheblicher Mittel in diese Titelgruppe begründet?

Antwort der Landesregierung:

Kompensationszahlungen des BMBF als Ersatz für die ehem. BLK-Modell-Programme. Zusage des Bundes zur Zahlung von rd. 1,175 Mio. € bis 2013 zweckgebunden für die Hochschulen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	153f
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 75
<b>Zweckbestimmung:</b>	Strukturverbessernde Maßnahmen an Hochschulen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	420,6 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	416,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	216,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	116,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die erhebliche Reduzierung dieser Mittel begründet?

Antwort der Landesregierung:

In der TG 75 wurden die Mittel für strukturverbessernde Maßnahmen nicht gekürzt; in den vergangenen Jahren standen hierfür jeweils 116,0 TEUR zur Verfügung. In den Jahren 2007 - 2009 wurden darüber hinaus Mittel für Akkreditierungen von Studiengängen aus dem Innovationsfonds über diese Titelgruppe abgewickelt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	155f
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 77
<b>Zweckbestimmung:</b>	Frauenforschung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	39,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	39,6 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Auswirkungen auf die Frauenforschung wird nach Auffassung der Landesregierung die Übertragung der Mittel für die Frauenforschung in die Budgets der Universität Flensburg und der FH Kiel haben?

Antwort der Landesregierung:

Die Mittel für die Frauenforschung sind in die Budgets der Universität Flensburg und der FH Kiel mit der Absicht übertragen worden, dass diese Mittel weiterhin für die Frauenforschung eingesetzt werden. Insofern wird die Maßnahme keine Auswirkungen auf die Frauenforschung haben.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	156
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 78
<b>Zweckbestimmung:</b>	Forschungsstelle Kriminalprävention

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	24,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	25,6 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Forschungsstelle wird nach Auffassung der Landesregierung die Übertragung der Mittel ins Budget der CAU haben?

Antwort der Landesregierung:

Durch die Übertragung der Mittel in das Budget der CAU werden keine Auswirkungen auf die Arbeit der Forschungsstelle erwartet.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	156f
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 79
<b>Zweckbestimmung:</b>	Bleibeverhandlungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	280,9 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	285,5 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	89,5 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	89,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die erhebliche Reduzierung der Mittel um mehr als zwei Drittel angesichts erheblicher Probleme bei der Abwanderung von Hochschullehrern begründet?

Antwort der Landesregierung:

Umzugskosten, Trennungsgeld wird direkt in den Haushalt der Hochschulen eingestellt. Die Titelgruppe 79 wird um diese Summe verringert.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	159
<b>Kapitel:</b>	20
<b>Titel:</b>	TG 85
<b>Zweckbestimmung:</b>	Innovationsfonds

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	723,8 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	6.000,0 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die Streichung der Mittel begründet?

Antwort der Landesregierung:

Für den Doppelhaushalt 2009/2010 ist die Landesregierung auf die Forderung der Hochschulen eingegangen, vor allem zu einer Steigerung der Globalzuschüsse zu kommen, da dies den Hochschulen mehr Flexibilität ermöglicht.

In der MFP ist allerdings ab 2011 ein Betrag von 5 Mio.€ p.a. für ein Exzellenz- und Strukturbudget vorgesehen, aus dem die weitere Beteiligung an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder und an anderen überregional bedeutsamen Strukturwandlungen mitfinanziert werden kann.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	06
<b>Seite:</b>	171f
<b>Kapitel:</b>	23
<b>Titel:</b>	TG 64
<b>Zweckbestimmung:</b>	Stiftung Alfred-Wegener-Institut

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	1.088,7 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	1.412,1 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	1.248,7 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.649,8 T€

Frage/Sachverhalt:

Womit werden die starken Schwankungen beim Investitionszuschuss begründet?

Antwort der Landesregierung:

Das Land trägt gemäß dem Konsortialvertrag neben dem Landesanteil am Alfred-Wegener-Institut (AWI) für laufende Investitionen auch einen 10% Anteil an den Ausbauinvestitionen der Inselstationen Helgoland und List/Sylt. Die Veranschlagung in der MFP bezieht sich grundsätzlich auf die lfd. Investitionen. Ausbauinvestitionsbeiträge können nur berücksichtigt werden, soweit deren Erfordernis bekannt ist. Die Schwankungen resultieren aus verschiedenen beendeten und neu angefangenen Ausbauinvestitionen, welche erheblich zur Stärkung der Inselstandorte beitragen:

bis 2008	Gästehäuser Helgoland (für Wissenschaftler) Neubau Labor-, Büro-, Seminargebäude List/Sylt
2008/2009	Grundüberholung Forschungsschiff Heincke (Helgoland)
2010	Ersatzbeschaffung für wattenmeertaugliches Forschungsboot
2010/2011	Grundsaniierung Gebäude C auf Helgoland

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	10
<b>Seite:</b>	28
<b>Kapitel:</b>	1002
<b>Titel:</b>	MG 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Krankenhausfinanzierung

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	61.030,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	68.372,1 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	72.283,8 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	79.058,6 T€

Frage/Sachverhalt:

- 1) Wie wirkt sich die Erhöhung der Finanzmittel auf den Abbau des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern aus?
- 2) Wie wird durch die Aufstockung der Finanzmittel die Qualität in der stationären Versorgung gesichert?

Antwort der Landesregierung:

- 1) Ein Investitionsstau in den KHG-finanzierten Krankenhäusern liegt nicht vor. Die Investitionen werden getätigt, um Prozess- und Ablauforientierung sicherzustellen. Im Vordergrund steht der Behandlungsbedarf der Patienten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Erfordernisse im DRG-System. Insofern stellen die Investitionen in die Struktur auch Investitionen in der Versorgungsqualität dar.
- 2) Die Finanzmittel für Krankenhausinvestitionen werden insgesamt gesehen erhöht (50,4 Mio. € pro Jahr für Baumaßnahmen und 43,5 bzw. 45,1 Mio. € für gesetzliche Ansprüche gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz). Die Erhöhungen im Titel 1002 – 623 02 (MG 03) stellen ausschließlich Zins- und Tilgungsleistungen für neu aufgenommene Darlehen in den Jahren 2008 und 2009 für Krankenhaus-Baumaßnahmen dar, welche sich dann zeitversetzt im HH-Ansatz für 2009 und 2010 ff. auswirken. Die Erhöhung der Finanzmittel bei Titel 1002 -883 02 (MG 03) ergibt sich durch die prozentuale Anpassung für Preissteigerungen gemäß Landesverordnung.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>X</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion der SPD

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	10
<b>Seite:</b>	71 / 84
<b>Kapitel:</b>	1005
<b>Titel:</b>	233 65 / 633 65 TG 65
<b>Zweckbestimmung:</b>	Sozialgesetzliche Leistungen

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	43.613,4 T€ / 581.473,2 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	34.208,2 T€ / 631.787,5 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	34.550,3 T€ / 636.971,5 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	34.895,8 T€ / 662.014,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche aktuelle Entwicklung ist bei der Eingliederungshilfe zu verzeichnen? Wie hoch sind die Fallzahlen?

Antwort der Landesregierung:

Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 5 Abs. 2 Satz 1 AG-SGB XII stellt das Land den örtlichen Trägern der Sozialhilfe einen Ausgleichsbetrag zur Verfügung. Der Ausgleichsbetrag 2008 beträgt 464,2 Mio. € (§ 5 Abs. 3 Satz 1 AG-SGB XII). Ab 2009 ist das Berechnungssystem umgestellt worden. Berechnungsgrundlage für die Ansätze 2009 und 2010 sind die voraussichtlichen Ausgaben des Jahres 2007. Dadurch liegt der Ansatz 2009 geringfügig unter dem Soll für 2008 (463,5 T€).

Neben dem Ausgleichsbetrag erstattet das Land den örtlichen Trägern jährlich die Nettoaufwendungen der Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege an Personen über 60 Jahre in Einrichtungen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 AG-SGB XII). Im Jahr 2008 beträgt der Erstattungsbetrag 117,7 Mio. € (§ 5 Abs. 3 Satz 2 AG-SGB XII). Für die Ansätze 2009 und 2010 ist von einer jährlichen Steigerungsrate von 3,6 % ausgegangen worden (121,9 Mio. € / 126,3 Mio. €).

Die Fallzahlen steigen bundesweit weiter an. Exakte Angaben können nicht gemacht werden, weil die amtliche Empfängerstatistik nach dem SGB XII für das Jahr 2007 noch nicht vorliegt. Sie ist hinsichtlich der Fallzahlen auch nur begrenzt aussagefähig, weil nicht die Personen (= Hilfeempfänger/-innen), sondern die Hilfen gezählt werden. Das bedeutet, dass Hilfeempfänger/-innen, die mehrere Leistungen erhalten haben, in der Empfängerstatistik mehrfach erfasst werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
<b>x</b>	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2009/2010

<b>Einzelplan:</b>	10
<b>Seite:</b>	77 f.
<b>Kapitel:</b>	1005
<b>Titel:</b>	MG 05
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres

<b>Ansatz Ist 2007:</b>	950,1 T€
<b>Ansatz Soll 2008:</b>	950,4 T€
<b>Ansatz Soll 2009:</b>	950,4 T€
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	950,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie lässt sich die Veränderung der Haushaltsstruktur bei der Förderung des FSJ erklären?

Antwort der Landesregierung:

Bei Aufstellung des Doppelhaushalts 2007/2008 wurde die Gesamtsumme der Maßnahmengruppe 05 nicht bei den einzelnen Haushaltstiteln veranschlagt, die Inanspruchnahme erfolgte im Rahmen der Deckungsfähigkeit im Haushaltsvollzug. Daher erscheint bei zwei Titeln der Maßnahmengruppe für das Soll 2008 die Angabe von 0 €.  
Bei der Neuaufstellung des Haushalts 2009/2010 ist auch die Verteilung auf die einzelnen Titel berücksichtigt worden.